

GENERALREDEN

ÖVP

GR. Mag. Klaus FRÖLICH

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, geschätzte Mitglieder und Mitgliederinnen des Stadtsenates, meine geschätzten Damen und Herren! Herr Finanzstadtrat, lieber Wolfgang, ich darf dir für deine Ausführungen danken und dir gleich vorweg sagen, vor dir steht ein Politiker, der an das Christkind als Kind geglaubt hat und es heute noch schätzt, ich hoffe, du nimmst den Dank trotzdem an (*Applaus ÖVP*). Erlauben Sie mir, dass ich Ihnen am Beginn meiner Ausführungen einen Eindruck näher bringe, den ich den letzten Monaten im Zuge meiner gemeinderätlichen Tätigkeit gewonnen habe und der sich bis heute eigentlich verstärkt hat. Wie wir aus den Ausführungen, aus den bisherigen Ausführungen des Herrn Finanzstadtrates gehört haben, befinden wir uns als Verantwortungsträger dieser Stadt budgetär ganz eindeutig auf einem Sanierungspfad. Ich vergleiche die Beschreitung dieses Pfades mit einer Bergtour, mit einer Bergwanderung, mein Eindruck ist folgender: Es gibt einen Teil einer Gruppe, die da unterwegs ist, der entschlossen nach vorne blickt, hinauf in Richtung Gipfel und freut sich darauf, jenes Ziel, das man sich gesteckt hat zu erreichen. Der Blick ist nach vorne gerichtet aufmerksam, um nicht auf dem schmalen, unwegsamen Pfad zu stürzen, der andere Teil der Gruppe blickt zurück, fragt sich, warum es hier so steil ist, so anstrengend, schweißtreibend und sehnt sich nach den flachen Wegen im Tal. Die Gruppe teilt sich aber auch bald, einerseits in die eine, die es vorzieht stehenzubleiben und auf der Stelle zu treten, aus Angst davor zu stürzen und andererseits in jene, die zwar mitgehen, aber immer dann argwöhnisch applaudieren, wenn die Gipfelstürmer auf diesem Pfad in die unterschiedlichsten Herausforderungen kommen, diese meistern müssen und mit Schwierigkeiten konfrontiert werden. Meine Damen und Herren, einen Sanierungspfad zu gehen, ist ein schweres Stück Arbeit, zumal diese Pfade eng sind und wenn man gemeinsam geht, immer nur einer oder zwei vorneweg diesen Weg suchen können. Doch letztlich kann jeder mitgehen, der dies möchte

und gemeinsam bewältigt man gleich einer Seilschaft in einer Felswand die größten Herausforderungen, wie wir wissen. Alleine ist es schwer, außer beim Abseilen, meine Damen und Herren, beim Abseilen geht es mit der richtigen Technik ganz besonders gut, auch alleine zu sein. Und so ist das Budget, das wir heute zur Beschlussfassung vorgelegt bekommen haben, wenn Sie so wollen, unsere Wanderkarte Nummer 2007 bis 2010. Es wird Sie nicht überraschen, wenn ich Ihnen schon jetzt und vorweg sagen darf und Ihnen gerne sage, dass die ÖVP diesem vorliegenden Budgetentwurf selbstverständlich ihre Zustimmung geben wird. Ich sage das schon vorweg, um noch einmal zu unterstreichen, wie es auch Wolfgang Riedler uns gesagt hat, dass ein gemeinsamer Konsolidierungspfad immer ein Weg des Miteinanders ist und ein Weg des Miteinanders sein muss. Es ist kein Pfad, der Kahlschlag bedeutet, sondern ein Pfad der Redimensionierung von Steigerungsraten. Redimensionierung von dynamischen Entwicklungen dieser Steigerungsraten der vergangenen Jahre, ein Konsolidierungspfad der mit Augenmaß dieser Redimensionierung vorantreibt mit dem Ziel und in dem Bewusstsein für künftige Generationen Verantwortung zu übernehmen. Und es muss erlaubt sein, und das ist meines Erachtens auch erstes Gebot der Stunde, unter den bekannt schwierigen Rahmenbedingungen für kommunale Haushalte weiterhin und konsequent und nach allen schon erledigten Reformen über weiter gehende, noch tiefgreifendere strukturelle Neuerungen oder auch Optimierungen nachzudenken. Dies immer mit dem erklärten Ziel vor Augen, bis 2010 die angestrebte jährliche Verringerung der Finanzlücke und des konsolidierten Gesamtschuldenbedarfes zu erreichen. Hier mitzuarbeiten sind insbesondere, und wie jedes Jahr in Budgetreden, jene in diesem Hause eingeladen, die sich oft und letztlich als Empörungsprofis herausstellen und als solche auffallen und die uns ausrichten, dass sie als Gemeinderat, als Gemeinderätin zuwenig Arbeit hätten. Tiefer greifende strukturelle Änderungen und Reformen sind natürlich nicht für alle angenehm. Solche Reformen sind oft unpopulär, aber sie führen uns konsequent auf diesen Pfad weiter. Und, meine Damen und Herren, ich glaube auch nicht bedingungslos an „wer wagt, gewinnt“, ich glaube, wer wagt kann auch verlieren, es gibt keinen Erfolg ohne das Risiko des Scheiterns, das sage ich Ihnen hier von dieser Stelle auch als selbständiger Unternehmer, aber wer nicht wagt, davon bin ich überzeugt, hat sicher schon verloren (*Applaus ÖVP*). Ich möchte das auch mit besonderem Nachdruck in die Richtung der schon angesprochenen Empörungsprofis in diesem Hause sagen,

die seit jeher und auch heute noch darauf aus sind, ihren Applaus immer so zu ernten, indem sie auf die Fehler derer warten, die arbeiten, die etwas weiterbringen in unserer Stadt. Ich sage das in Richtung jener Empörungsprofis, die ihre ganze Energie dafür verwenden, und wie ich meine, verschwenden, diejenigen schlecht zu machen, die Entscheidungen treffen, auch unpopuläre Entscheidungen, die sehr oft notwendig sind, aus Verantwortung gegenüber dieser Stadt, seinen Bürgerinnen, Bürgern und den kommenden Generationen, die hier leben werden (*Applaus ÖVP*). Und ich appelliere auch ganz besonders an die Politstreithähne und, wenn sie geschlechtsneutral korrekt erlauben, –hennen, nur 10 % ihrer Energie umzuformen in positive Energie für Graz, ich forderte sie auf, Entscheidungen mitzutragen, mitzuformen, mitzuarbeiten, Mitverantwortung zu tragen und ich garantiere ihnen, dann werden sie sich nicht mehr über zu wenig Arbeit im Gemeinderat beklagen. Fürchten Sie sich nicht vor dem steinigen Weg, wir werden die Steine gerne auch für Sie wegräumen und wenn es notwendig ist, Sie auch gerne an unser Seil nehmen (*Applaus ÖVP*). Wenn wir uns die Details des vorliegenden Budgetentwurfes ansehen, die Ziffern wurden ja eindrucksvoll dargestellt, so ist zu erkennen, dass, wie schon mit dem Voranschlag 2006, etwas ganz Wichtiges gelingt, es gelingt eine Balance, eine Balance zu sparen und trotzdem nicht, wie der Herr Finanzstadtrat schon dargestellt hat, Stillstand auszulösen. Wie schon gesagt wurde, enthält der Voranschlag 2007 eine Vereinbarung über diese fixe mittelfristige Planung in der AOG bis 2010. Mit 175 Millionen Euro Ausgaben bis 2010 kommt es zwar zu einer Halbierung, einer Halbierung der Größenordnung der Vorjahre; mit der nötigen und geforderten Kreativität und einer verantwortungsvollen Prioritätensetzung lässt diese Summe für die Stadt die so notwendige Bewegung aber sicher zu. Eine Bewegung, die auch 2006 spürbar war, wenn wir zum Beispiel daran denken, dass unter Bürgermeister Nagl und dem ressortverantwortlichen Stadtrat Gerhard Rüschi die Verlängerung von drei Straßenbahnlinien gelungen ist (*Applaus ÖVP*), erst vor wenigen Tagen haben wir den Nahverkehrsknoten Puntigam eröffnet, erstmals seit 1990 sind wieder Millionen-Investitionen in den Ausbau des Straßenbahnverkehrs in Graz gelungen. Der lange Vierer wird folgen und ein für Pendlerinnen und Pendler hochattraktives Umsteigeangebot mit völlig neuen Qualitäten anbieten. Eingebunden in das neue Center Murpark und schließlich wird auch noch 2007 der lange Sechser fertig sein.

2007 wird es in diesen Ressorts gelingen, das Tempo zu halten, mit Straßensanierungen, Investitionen in die ÖV-Beschleunigung, Radwegeausbauten, aber auch mit dem Großprojekt Hochwasserschutz, insbesondere in Andritz, in welches in den nächsten Jahren noch Millionen Euro fließen werden. Meine Damen und Herren, im gesamten Verkehrsbereich sind immer wieder planerische und logistische Herausforderungen zu bewältigen. Hier wird gestaltet und nicht verwaltet. Stadtplanerische Herausforderungen, Bebauungspläne, Flächenwidmungspläne, alles Instrumente, die einen starken Hebel für Bewegung in dieser Stadt darstellen und mit Stadtrat Gerhard Rüschi sitzt da ein Verantwortlicher, der diesen Hebel sehr, sehr gut bedienen kann (*Applaus ÖVP*).

Auf meinem Schreibtisch lädt mich immer wieder ein Buch zum Nachblättern ein: Konzeptionen des Wünschenswerten, was Städte über die Zukunft wissen sollten. Dieses Buch versucht zu antizipieren, was 2017 die Menschen wirklich beschäftigen, respektive berühren könnte. Dieses Buch ist der erste Schritte der neuen Eigentümer des ehemaligen Industrieparks, der ehemaligen Brauerei Reininghaus auf der Suche nach Antworten. Nach Antworten, wie Menschen, wie die Grazerinnen und Grazer in Zukunft in dem neuen Stadtteil, der auf über 500.000 Quadratmetern entstehen wird, leben, arbeiten und auch wohnen wollen. Und auch dieses spannende Projekt, das sich als Ziel die größtmögliche gemeinsame Zufriedenheit gesteckt hat, ist mit großen Herausforderungen für die Stadtentwicklung verbunden. Ein starkes Zeichen von Bewegung für Graz und ich bin sicher, dass Gerhard Rüschi und seine Ämter sich auf die Bewältigung dieser Herausforderung schon freuen (*Applaus ÖVP*). Gerne wiederhole ich mich, meine Damen und Herren, wenn ich sage, das Graz eben diese Bewegung braucht, dieses Möglichmachen braucht, einerseits als Signal an die über 500.000 Menschen, die im Großraum Graz leben, arbeiten und ihren Lebensmittelpunkt hier haben und für die Graz hier ganz einfach auch die Infrastruktur bereitstellt. Andererseits aber ist diese Bewegung, dieses Möglichmachen, das Gestalten ein Signal an die Wirtschaft, dem Motor jeder Stadt an die Betriebe, an die Unternehmer, an die Forschungseinrichtungen und letztlich auch an die hohen Schulen. Den Menschen in unserer Stadt gilt es aber auch eines klar zu sagen, klar zu sagen, meine Damen und Herren, klar und mit aller Transparenz und Offenheit, dass Leistungen der Stadt in Qualität und Umfang eben deshalb redimensioniert werden müssen, um in Zukunft eben diese Leistungen auch weiterhin sicherstellen zu können (*Applaus ÖVP*). Und wir müssen mit der eben

gleichen Deutlichkeit dazusagen, dass wir es uns als Grazerinnen und Grazer und als zweitgrößte Stadt Österreichs nicht auf Dauer gefallen lassen können, dass Land und Bund den Aufgabenkatalog der Stadt ständig erweitern, die Ressourcen hingegen aber immer geringer werden und eine adäquate Abgeltung für die neu übernommenen Aufgaben einfach nicht in einem ordentlichen Umfang stattfindet (*Applaus ÖVP*). Aus diesem Grund und deshalb werden auch die Finanzverhandlungen mit Land und Bund so intensiv wie möglich zu führen sein, getragen von eben diesem Wissen, dass trotz und insbesondere nach Erledigung unserer Hausaufgaben Land und Bund nicht aus der Verpflichtung entlassen werden können. Aus der Verpflichtung, Graz dafür zu entschädigen, als infrastruktureller Mittelpunkt von 500.000 Einwohnern in diesem Großraum in Anspruch genommen zu werden. Und weil es gerade hierher passt, wenn uns die Herren der ÖBB ausrichten, dass der Koralmtunnel, eines der wichtigsten Bauvorhaben in die Infrastruktur für die Steiermark aber auch insbesondere für unseren Großraum Graz in den letzten Jahrzehnten, sich nicht rechnet, und das just zu diesem Zeitpunkt, wo diese Herren draufkommen, dass offenbar Abermillionen in den fernen Wüstenstand gesetzt wurden, dann sage ich, dass diese Leute die Entwicklung des südosteuropäischen Wirtschaftsraumes, der für Graz eine so enorme Bedeutung hat, mehr als verschlafen haben. Alle Verantwortlichen auf Bundes- und Landesebene sind aufgerufen, diesen Herren den Wüstensand aus den Augen zu reiben (*Applaus ÖVP*).

Ihnen allen ist natürlich bekannt, dass Graz längst eine Hauptdrehscheibe in dem erwähnten neuen Hoffungsmarkt und Wirtschaftsraum Südosteuropa ist. Graz ist international anerkannte Hochburg in vielen Hightech-Bereichen, von der Nanotechnologie bis zur Motorenentwicklung und nicht nur Großbetriebe prägen das Bild, sondern insbesondere auch Klein- und Mittelbetriebe als Spin-offs der Universitäten ein sichtbarer Output einer konsequenten Wirtschaftspolitik unter Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg (*Applaus ÖVP*). Denn rechtzeitig wurde erkannt, dass am Standort von vier Universitäten am größten Fachhochschulstandort Österreichs der Wissenstransfer die Schnittstelle ist zwischen den Forschungseinrichtungen, wo Wissen generiert wird und der Wirtschaft die Forschungsergebnisse verwertet und vermarkten kann. Forschungsintensive Hightech-KMUs finden in dieser Stadt über Wirtschaftsstrategie und Gründerförderungen den Nährboden, um ihre Forschungsergebnisse zu vermarkten, zugänglich zu machen und werden unterstützt

bis hin zur Kontaktherstellung, Vertragsverhandlung und Patentierung. Wissenschaft, Wirtschaft ist das Motto und der Weg, um den Standort zu stärken und qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen. Verhältnismäßig bescheiden mutet das Budget des Wirtschafts- und Tourismusressorts in der OG mit knapp 4,3 Millionen Euro in Anbetracht dieser Kernaufgaben an. Meine Damen und Herren, wir können mit Stolz auf eine Gründerquote von fast fünf Prozent verweisen, man weiß heute, und Studien belegen, dass ein junges neu gegründetes Unternehmen eine eigene Wertschöpfung von zirka 150.000 Euro hat und einen zusätzlichen gesamtwirtschaftlichen Nutzen von noch einmal so viel erwirtschaftet, aber auch im Schnitt drei Arbeitsplätze schafft und durch Folgeeffekte, wie man weiß, noch weitere drei. Fakten, die trotz dieses vergleichsweise bescheidenen Budgets eine gute Zukunft für Graz als Wirtschaftsstandort sichern. Dank der hervorragenden Arbeit des Wirtschaftsressorts und des zuständigen Referenten ist der fruchtbare Boden, der Humus, wenn Sie so wollen, aufbereitet für jene Standortqualitäten, die beispielsweise Roche Diagnostics nach Graz brachten oder Unternehmen wie AVL mit Headquarters in Graz halten. Die damit verbundenen positiven Kommunalsteuereffekte müssen da nicht extra erwähnt werden. Wir wissen aus ständigen Gesprächen mit den Verantwortlichen solcher Unternehmen, dass auch die Lebensqualität einer Stadt ein wesentlicher Standortfaktor ist, Topmitarbeiter und –mitarbeiterinnen für Forschung, Entwicklung und Management sind für diese Unternehmen schwer zu bekommen, aber auch schwer zu halten. Und die Infrastruktur und die Lebensqualität einer Stadt sind bei diesen Personen einfach von enormer Bedeutung. Die Mitarbeiterfluktuation bei Topleuten soll so gering wie möglich gehalten werden, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze sind der Lohn dafür und ich habe es schon einmal gesagt, die Wirtschaft bedeutet heute nicht mehr qualmende Schlote, sondern rauchende Köpfe. Und wenn ich gesagt habe, die Wirtschaft ist der Motor einer Stadt, dann ist die Lebensqualität die Karosserie und beides braucht die heute schon erwähnte Bewegung und nicht den Stillstand, diese Bewegung wird durch den vorliegenden Budgetentwurf ermöglicht und zugelassen. Wer aber diese Bewegung und die Kreativität, die diese Bewegung erzeugt, als Ruhestörung empfindet und stattdessen mit Forderungen, wie „Weg mit der Messe“ auf der Stelle tritt, der schwächt diesen Wirtschaftsstandort und gefährdet ihn und hat offenbar nicht vor, diesen steinigen und schweren Sanierungspfad mitzubeschreiten (*Applaus ÖVP*). Hier wird nicht Zukunft gestaltet, sondern Gestriges verwaltet und da

ist man auf flachen Pfade in den Niederungen unterwegs mit solchen und ähnlichen Botschaften und das sage ich in Richtung derer, die Bewegung als Ruhestörung empfinden, verstrahlen sie die Menschen in dieser Stadt, sie verstrahlen sie mit Unsicherheiten, Fehlinformationen und schließlich mit Zukunftsängsten (*Applaus ÖVP*).

Dieses Budget, meine Damen und Herren, ist in diesem Punkt aber auch ein klares Bekenntnis zum Messe- und Kongressstandort Graz, zur Messe neu und zum professionellen Messemanagement und ich bedanke mich an dieser Stelle ganz ausdrücklich bei Ihnen, Herr Vizebürgermeister Ferk, und bei dir, Herr Finanzstadtrat, für die professionelle Zusammenarbeit im Bereich Messe auf dem bisherigen Weg, der ja von Bezirksebene nicht immer leicht gemacht wurde (*Applaus ÖVP*).

Meine Damen und Herren, wir sind alle stolz auf unsere Altstadt. Es wurde heute schon angesprochen und auf unser Weltkulturerbe. Zu verhindern, dass unser Rathaus eines Tages inmitten eines Freilichtmuseums steht, ist unsere Aufgabe und Herausforderung (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), wir brauchen den Handel in der Innenstadt, die Welt des Handels hat sich in den letzten Jahren aber gewandelt, darauf ist Rücksicht zu nehmen. Der Handel braucht die Innenstädte nicht unbedingt mehr, der Handel braucht Fläche, um konkurrenzfähig für die Zukunft zu sein und die von der GMA erstellte Einzelhandelsstrukturanalyse, sie ist Ihnen allen bekannt, bescheinigt unserer Innenstadt eine überdurchschnittlich hohe Aufenthalts- und Erlebnisqualität und sie bestätigt uns, dass neben den kleinflächigen, strukturierten Betrieben in historischer Bausubstanz es gelungen ist, größerflächige Magnetbetriebe unter Bewahrung der Stadtbildqualität in diese Struktur zu integrieren. Das letztlich doch noch gelungene und hier im Gemeinderat ausführlich und zuweilen heftig diskutierte Dachausbauprojekt von Kastner und Öhler ist aktuelles Beispiel dieser positiven Entwicklung (*Applaus ÖVP*) und ich bedanke mich auch an dieser Stelle ausdrücklich für die Zustimmung zu diesem Projekt. Ganz besonders bedanke ich mich bei Bürgermeister Siegfried Nagl, Stadtrat Gerhard Rüschi und Herrn Vizebürgermeister Ferk, die mit offenem Visier und unermüdlich dafür gekämpft haben, dass dieses Projekt zustande kommt und in vielen, vielen Verhandlungsrunden mit den Bewilligungswerbern, aber natürlich auch mit den Vertretern von Ikomos, dazu beigetragen haben, dass dieser unverzichtbare Beitrag zur Sicherung des Handelsstandortes gelingt (*Applaus ÖVP*).

Wenn man sich so die Einzelposten, die großen Einzelposten in der AOG ansieht, so freut es mich ganz besonders, dass im Bereich des Stadtrates Werner Miedl die Renovierung beziehungsweise der Zubau der Volksschule Waltendorf mit insgesamt 3,3 Millionen Investitionsvolumen gelingen wird. Ebenso wie zahlreiche weitere wichtige Sanierungsvorhaben unserer Schulen. Aber auch der deutliche Ausbau der Nachmittagsbetreuung, der besonders die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Mittelpunkt hat, ist auf Schiene (*Applaus ÖVP*). Aber auch im Bereich der Stadtbibliotheken ist ein klarer kulturpolitischer Schwerpunkt für alle Grazerinnen und Grazer gelungen. Die neue Bibliothek im Campus-Building der FH Joanneum und weitere 250.000 Euro in der AOG 2007 für die Bibliotheken, die sichergestellt sind, legen ein klares Zeugnis darüber ab. Im Bereich der Schulen steht die Lebensqualität und das Wohlfühlen und damit wohl auch die gesunde Entwicklung unserer Jüngsten im Mittelpunkt. Auch in schwierigen Konsolidierungsphasen müssen uns als Stadt die Anliegen, die Betreuung und die Ausbildung von Kindern und Jugendlichen immer in hohem Maße eine Verpflichtung sein (*Applaus ÖVP*). Eine Verpflichtung, wie ich glaube eine Vielfalt herzustellen und anzubieten, eine Vielfalt, die letztlich die über alles wichtige Entscheidungsfreiheit für die Betroffenen bedeutet. Wer diese Verpflichtung ernst nimmt und die Vielfalt im Angebot bereithält, wird im Korsett des bekannten Sparzwanges natürlich Prioritäten reihen müssen. Starre Justamenthaltungen und Kompromisslosigkeit aus ideologischen Positionen in Sachfragen sind Attribute, die meines Erachtens nur mehr Politpensionisten oder hoffentlich schon bald Politpensionisten eigen sein sollten (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Ideologie gibt es nicht mehr.

Mag. **Frölich**: Hier drängt sich ein Exkurs zu einer beeindruckenden Zahl dieses Voranschlags auf; über 95 Millionen Euro stehen in diesem Voranschlag für Pensionsleistungen zu Buche. Pensionen verdienter Mitarbeiter des Magistrates und Pensionen ehemaliger Stadtpolitiker. Letztere sollen über einen Solidaritätsbeitrag 15 % ihrer erworbenen Pensionsansprüche mit zur Budgetsanierung beitragen. Dass

es ausgerechnet aufrechte Sozialdemokraten sind, die sich kompromisslos gegen Solidarbeiträge wehren, zeichnet ein besonders Sittenbild (*Applaus ÖVP*), ein Bild, das darf ich auch erwähnen, das ich mir in den Roten Salon hängen werde, wo die alten Meister wie Konsum und Verstaatlichte hängen, leider sind auch einige wertvolle alte Meister nicht mehr bei uns, sondern im Ausland, im Mailand zu sehen, wie Z oder CA, aber zeitgenössische rote Sittenbilder wie BAWAG, ARBÖ oder ein echter ÖGB hängen auch hier, letzterer ist allerdings schon aus dem Rahmen gefallen. Die jüngste Neuerwerbung ist übrigens ein Let's print von Leykam, eine Galerie der roten Riesen, wie ich es nenne. Haltungen, wie die angesprochene Kompromisslosigkeit, die zu solchen Ergebnissen führt, können unterm Strich einen Sanierungspfad unpassierbar machen. Den Gipfelsieg sozusagen wegen Schlechtwetter und Wettersturz verhindern. Die eine oder andere Schlechtwetterwolke wird die gut ausgerüstete Gruppe aber nicht aufhalten, versteigen kann sich der oder die eine bei Schlechtwetter natürlich allemal. So wissen wir, da wir gerade von den Jüngsten gesprochen haben, zum Beispiel aus Sicht des Stadtrechnungshofes, der heute schon so gelobt wurde, und das zu Recht und vor dem Hintergrund des Kostendrucks die Form der Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen zu überdenken ist. Insbesondere, wenn es um die Neuschaffung von städteigenen Kapazitäten geht. Wir wissen auch, dass Kinderkrippenplätze der Stadt ein Vielfaches von Tagesmutterplätzen kosten (*Applaus ÖVP*) und schlussendlich sagt uns der Stadtrechnungshof, dass, bevor ein weiterer Ausbau an städtischen Kinderkrippen angestrebt wird, die Auslastung und freien Kapazitäten der Tagesmütter überprüft werden sollen (*Applaus ÖVP*).

Was für andere Ressorts, meine Damen und Herren, seit 2005 selbstverständlich gilt, sollte endlich auch in diesem Ressort umgesetzt werden, gestalten statt verwalten ist die Hausaufgabe, mit dem geringstmöglichen Aufwand den größten Nutzen für die Betroffenen entstehen, Zitat: Stadtrechnungshof. Die Unter-Dreijährigen und deren Eltern, aber auch die Budgetverantwortlichen freuen sich, wenn die Blicke aller wieder auf den Sanierungspfad gerichtet sind. Ich denke, dass hier einige Ressortverantwortliche am Zuge sind und im Zuge des laufenden Veränderungsprozesses gut beraten sind, sich immer wieder die Frage zu stellen, warum nicht und nicht nur die Frage, warum. Meine Damen und Herren, ich bezeichne unter den dargestellten budgetären Vorgaben und vor dem Hintergrund der in diesem Voranschlag definierten Ziele bis 2010 jede Ausgabe, die durch eine

geringere Ausgabe, die zum gleichen erwünschten Ergebnis führt, ersetzt werden kann, als Luxus. Genauso wie es Luxus ist, genauso ist es Luxus, mit betroffenen Menschen nicht zu sprechen, bevor man ihnen um 450.000 Euro ein gallisches Dorf baut, in welches eben diese Betroffenen gar nicht einziehen wollen. Derartigen Luxus können und dürfen wir uns heute nicht mehr leisten (*Applaus ÖVP*).

Meine Damen und Herren, Graz bewegt sich. Verantwortungsvoll geführt von Bürgermeister Siegfried Nagl und einem umsichtigen Team, das für Graz arbeitet. Diese Stadt wird bewegt von einem Budget im Ausmaß von mehr als 700 Millionen Euro in der OG und zusätzlich 75 Millionen in der AOG. Einem Budget, das wie 2006 viele Herausforderungen und viele Vorsätze beinhaltet, die es gilt umzusetzen. Diese Stadt wird bewegt von einer durch dieses Budget fortgesetzten Kultur des Maßhaltens, aber auch trotz und wegen einer fortgesetzten Kultur des Maßhaltens eine Kultur des Augenmaßes und an dieser Stelle gilt es, alle jene vor den Vorhang zu holen, die in den letzten Wochen mit enormem Einsatz am Zustandekommen dieses Budgets mitgearbeitet haben. Danke zu sagen, für die Ideen, die Kreativität, den Mut, Ideen umzusetzen und danke zu sagen für die konstruktiven Lösungen, die erdacht wurden. Ich bedanke mich zunächst namentlich bei dir, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, Herr Finanzstadtrat wird es hören, sonst tue ich es später noch persönlich, ich bedanke mich für die Vorlage dieses Budgets und für die geleistete Arbeit. Gute Budgets haben in Graz eine Tradition, eine lange Tradition und so bedanke ich mich für das, wie ich gestern im Hause gehört habe, K&K-Budget, das Kamper/Kicker-Budget, insbesondere bei Ihnen, Herr Finanzdirektor Dr. Karl Kamper, und Ihrem gesamten Team, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzdirektion und natürlich auch beim Stadtrechnungshof, Herrn Dr. Riegler, seinem Team für die immer wieder begleitenden, mahnenden und beratenden Worte und Taten. Danke vielmals (*Applaus ÖVP*).

Meine Damen und Herren, ich lade Sie alle noch einmal ein, gehen wir diesen Weg des Sanierungskurses gemeinsam, das Ergebnis wird letztlich vom konkreten Tun abhängen, davon den Mut zu haben, heute noch selbstverständliches immer kritisch zu reflektieren, denn Veränderungen entstehen an den Rändern des Mainstreams. In diesem Sinne darf ich noch einmal festhalten, dass die ÖVP diesem Vorschlag zustimmen wird und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit (*Applaus ÖVP*).

SPÖ**Gemeinderat Karl-Heinz H E R P E R**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lasst mich zuerst ein persönliches Wort sagen, weil ich tief bewegt bin, ich möchte eigentlich sagen, wir, wir wünschen uns, dass unser Kollege von dem ich gehört habe, Hermann Spielberger, es nicht sehr gut geht und wir wünschen uns eigentlich alles Gute und beste Gesundheit, mon cher Hermann, hoffentlich bist du bald wieder da (*allgemeiner Applaus*).

Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, Mitglieder der Stadtregierung, Zuhörerinnen und Zuhörer! Es liegt in der Natur der Sache, dass wenn zwei Parteien erfolgreicher als auf anderen Ebenen, wie die ÖVP und die SPÖ, zusammenarbeiten und ein Budget zustande bringen, dass sie auch vom gleichen Gedankengang gelenkt und gleitet werden, nämlich von einem ähnlichen Ausgangspunkt. Erstens einmal gratuliere ich dir, liebe Klaus, zu deiner Budgetrede, bin groß beeindruckt und sage, dass wir den gleichen Ausgangspunkt gewählt haben, nämlich in unserer Budgetrede...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Hoffentlich auch das gleiche Ziel.

GR. Herper: ...und wir werden auch das gleiche Ziel, nämlich den gleichen Gipfel, erreichen (*Applaus SPÖ*). Vor 104 Jahren kraxelte Alexander von Humboldt, der große Naturwissenschaftler, in den Anden auf den Chimborazo, der damals für einen höchsten der Berge gehalten wurde. Und Humboldt schrieb 8 Jahre später erst die Einbildungskraft seiner Zeitgenossen anspornend, Zitat: „Wir haben Instrumente bis auf eine beträchtliche Höhe getragen, wengleich wir vom dicken Nebel umhüllt waren und die dünne Luft uns sehr zu schaffen machte.“ Und damit bin ich auch beim gleichen Bild, beim Start des Sanierungsweges 2010 war der Gipfel, so wie es

auch Humboldt gesehen hat, nicht zu sehen, die Beschwernisse und gefährlich tiefen Schluchten, der dichte Nebel hat manche von uns auch ein wenig mutlos und unsicher machen lassen. Im Vorjahr ist der Nebel ein wenig aufgerissen, aber heute beim Budgetgemeinderat 2006 sehen wir wirklich das Ziel vor Augen. Das heißt aber noch lange nicht, dass wir angekommen sind, aber wir sehen, wir können es schaffen. Dass sich die Anstrengungen lohnen und wie bei jeder gefährlichen Bergtour zum Unterschied von einer Wanderung heißt es jetzt, mehr denn je aufpassen. Dass Mann/Frau nicht abstürzt, nur jetzt nicht übermütig werden, eine kleine Unachtsamkeit, ein kleiner Fehltritt, Mann/Frau rutscht ab. Wir haben gute BergführerInnen, die uns auf den Weg vorbereiten, letztlich ist aber jede und jeder selbst verantwortlich, dass ihr/sein Schrittempo auch wirklich stimmt. Auf den Gipfel hinaufgetragen wird auch niemand, dafür sind die Sherpas wirklich nicht da. Unsere Budget-Bergrettung, nämlich der Stadtschuldenrat, wie es der Finanzstadtrat und Budgeteinbringungsreferent Wolfgang Riedler so treffend formuliert hat, mit Bernhard Felderer an der Spitze sorgt für die nötige Kontrolle, dass wir das Tempo halten und nicht vom Pfad abkommen. Ein spezielles Überlebenstraining gibt es noch zusätzlich im sogenannten Cash-Pooling für die stadt eigenen Gesellschaften, wobei sich deren Zahl und Aufgabenstellung künftig sicher auch noch besser ordnen lassen wird.

In Sinne unserer erfolgreichen Bergtour, so sehe ich das Budget 2007 und darüber hinaus, auch in Richtung des Gipfels 2010 unser Konsolidierungsziel ist nicht nur vor Augen, sondern ist auch gehalten, der eingeschlagene Weg wird fortgesetzt, das bewährte Eckwertsystem, unsere Art der Aufstiegshilfe, beibehalten. Erstmals gibt es auch klar definierte und bezeichnete Etappenziele auf der Gesamtstrecke, nämlich die Mehrjahresvereinbarung in der AOG in der Höhe von insgesamt 175 Millionen Euro bis 2010.

Wie schon Wolfgang Riedler in seiner beachtlichen Budgeteinbringungsrede formuliert hat, setzt die Stadt Schwerpunkte, vor allem in den Bereichen Soziales, ältere Menschen, ich erinnere nur an das GGZ, in der Albert-Schweitzer-Gasse entsteht ein neues Krankenhaus mit einer einzigartigen Demenz-Station, wobei das Land zwei Drittel der Kosten übernommen hat, in Fragen der Jugend, Jugendbeschäftigung, im Bereich Familien, Kinderkrippen, Heizkostenzuschüsse, im Bereich der Schulen, des Umweltschutzes, Lärm- und Hochwasserschutz, Feinstaubpaket, im öffentlichen Verkehr, im Sport, Bad Eggenberg, Union-Hallenbad,

bei Integrationsprojekten, bei Gründerinitiativen in Richtung Arbeitsplätze, bei Schutz und Sicherheit, Feuerwache Süd nur als Stichwort, sowie in Richtung Qualitätssicherung unserer MitarbeiterInnen im Magistrat.

Für diese Verantwortung in schwierigen Zeiten, diese Wege aus der Krise zu finden und auch zu begehen, nämlich diese 18 Millionen Euro per anno einzusparen, wie heuer in der ordentlichen Gebarung, damit auch zugleich aber Lebensqualität zu erhalten und zu verbessern, die soziale Stadt auszubauen, danke ich besonders meinen, unseren sozialdemokratischen BergführerInnen besonders, nämlich unseren Verhandlungsführer Vizebürgermeister Walter Ferk (*Applaus SPÖ*), unseren für das Gesamtkunstwerk, so formuliere ich es, verantwortlichen Finanzstadtrat Dr. Wolfgang Riedler (*Applaus SPÖ*) und unserer kämpferischen Sozialstadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl (*Applaus SPÖ*).

Der erfolgreich ausverhandelte Budgetweg 2007, der deutlich rote Markierungen trägt, war aber nur möglich auf Grund konstruktiver Verhandlungen. Einem Klima der Vernunft und der gegenseitigen Kompromissbereitschaft, wo allen Beteiligten, vor allem den Mitgliedern der Stadtregierung, die Gefahr des Scheiterns und ihrer Konsequenz bewusst geworden ist.

Vielleicht war nicht immer jeder Bergführer so zielsicher und schwindelfrei, wie es anzunehmen gewesen wäre, es gab ja auch zwischendurch Anzeichen trittfreudiger Ich-AGs, frei nach dem Motto des Kabarettisten Dr. Paal, so wie heute Abend wieder in Dorfers Donners-Talk, dem Experten für eh alles. Aber am Schluss zählt eben nur das Gesamtpositivergebnis.

Deshalb bedanke ich mich auch, und ich sage das ganz offen, bei unserem Arbeitspartner ÖVP, bei dir, Herr Bürgermeister Siegfried Nagl, und dem Parteibmann Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg an der Spitze und beim handschlagfesten Klub-Gegenüber Peter Piffl-Percevic (*Applaus SPÖ*).

Obwohl die Mitregierungspartei KPÖ und die, ich sage einmal - echten - Oppositionsparteien Grüne und FPÖ die Arbeit der Budget-Verweigerung wieder auf sich nehmen wollen, danke ich dennoch für manch kritische Anmerkung, Einwand, interessanten Vorschlag und bestimmte Bereitschaften, ich denke nur an den

Wohnungsbau in der Stadt und die kommunale Wohnversorgung stärker in Zukunft in den Mittelpunkt zu rücken, dazu zählt sicher auch die umfassende Sanierung städtischer Wohnhäuser. Ich zähle auch den „wilden“ Martin natürlich bei seinen Anregungen gerne dazu.

Besonderer Dank gilt der ergebnisorientierten und mit großer Sorgfalt und Genauigkeit arbeitenden Finanzabteilung, mit Finanzdirektor Dr. Karl Kampfer und dem Budget-Profi Michael Kicker an der Spitze, aber ich danke auch allen BudgetreferentInnen und MitarbeiterInnen, die sich in den Ressorts und Ämtern dem Röntgenblick der Eckwertbudgetierung unterzogen haben (*Applaus SPÖ*).

Ich danke auch dem Magistratsdirektor Mag. Martin Haidvogel und seinem Team, stellvertretend für die gesamte Verwaltung sowie den verhandlungsfesten Spitzen von Personalvertretung und GDG recht herzlich (*Applaus SPÖ*).

Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist doch eine bestimmte Grazer Spezialität, dass ein gemeinsames Sanierungsbudget zustande gebracht wurde und dies ein Jahr vor dem magischen Datum Jänner 08, dass der Konsolidierungskurs gehalten und weit reichende Beschlüsse auch noch heute zu fassen sein werden. In Zukunft kann die Stadt wieder stärker investieren für Lebensprojekte in den nächsten beiden Funktionsperioden.

Ich für meinen Teil werde mich nicht tiefer in das Budgetzahlenwerk hineinbegeben, das hat schon der Finanzreferent getan und will nur darauf hinweisen, dass dem Finanzreferenten gemeinsam mit ÖVP und SPÖ in einer gemeinsamen Aktionseinheit gelungen ist, ein Budget zustande zu bringen, vielleicht auch zum Unterschied vom Landesfinanzreferenten, der uns nur perspektivlos empfiehlt, Eigentum zu verkaufen, eigentlich einer, der es wissen müsste, nämlich aus gemeinsamer Kenntnis, dass es vielmehr jetzt um die Einhaltung von Land-Stadt-Vereinbarungen, um die schrittweise Erhöhung des Vorwegabzuges der Landesumlagen von 11 % auf 15 % und endlich um die Zahlung der Möst-Mittel gehen wird.

Ich rede erst gar nicht von sonstigen vollmundigen Zusagen und Versprechen der letzten Jahre, ich meine, lieber Sigi Nagl, Herr Bürgermeister, du bist von deinen

ÖVP-Granden im Bund und Land ziemlich allein gelassen worden und die Hoffnung setzt sich jetzt eben auf die neue Bundesregierung und auf eine aktive Landesregierung, dass wir gemeinsam unter sozialdemokratischer Führung, diese Hilfestellungen und diese Unterstützung auch für die Stadt Graz bekommen werden (*Applaus SPÖ*).

Fürwahr, die Budgeteinigung von ÖVP und SPÖ in Graz steht im krassen Widerspruch zur Bundesebene, zehn Wochen nach der Nationalratswahl registrieren doch große Teile der Bevölkerung mit gewisser Verbitterung oder Ratlosigkeit das bisherige Treiben in Wien. Eine Art demokratiepolitischer Hänge-Partie, es scheint nun in den letzten Stunden doch eine Art von Ruck durch die Verhandler gegangen zu sein, offensichtlich unter aktiver Mitwirkung des Herrn Bundespräsidenten, und wir hoffen, dass sich auch der Termin realisieren lässt, die Ankündigung, dass am 11. Jänner 2007 eine neue Bundesregierung unter Bundeskanzler Alfred Gusenbauer anzuloben sein wird.

Also doch: Graz ist anders.

Werte Kolleginnen, Kollegen! Lasst mich, wie gewohnt, würde die Maxie sagen, lasst mich wie gewohnt aus jahrelanger gemeinsamer, vielleicht auch mühevoller Erkenntnis einen Blick doch über den Tellerrand und die Kirchturmspitzen von Graz hinaus richten. In unserem gemeinsamen Europa der 25 und ab 1. Jänner der 27, sind die Herausforderungen, Gefahren und Chancen für Österreich, die Regionen, Städte und Gemeinden gewaltig, wir erleben den tiefsten politischen Umbruch seit der industriellen Revolution. Das 21. Jahrhundert ist das erste wirklich globale Jahrhundert. ArbeitnehmerInnen bei uns erleben, wie Manager selbst florierende unternehmen verlagern, Korruption und gigantische Schmiergeldaffären, siehe Siemens, stehen auf der Tagesordnung, anonyme Fondsmanager kaufen und verkaufen wie Händler ihre Waren am Großmarkt, der Fusions-Wahn bringt im Turbo-Kapitalismus Supergewinne für die Shareholder, im gleichen Atemzug stürzen zigtausende Beschäftigte in die Arbeitslosigkeit.

Diese Logik des schnellen Profits führt allzu oft nur dazu, dass langfristige Investitionen in zukünftige Arbeitsplätze ausbleiben. Deshalb sagen wir, die Wirtschaft muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt (*Applaus SPÖ*). Es freut

mich ja als sozialdemokratischen Christenmenschen jetzt im Advent im Besonderen, wenn der Ex-Vizekanzler und Ex-ÖVP-Chef Josef Riegler auf den Spuren der ökosozialen Marktwirtschaft wandernd die notwendige Kurswende bei der ÖVP einmahnt und feststellt, die ÖVP ist in die Falle des neoliberalen Zeitgeistes geraten. Ich hoffe, es wird sich in Zukunft auch ändern. Nach zwei mörderischen Weltkriegen und den Holocaust im vorigen Jahrhundert wollen die Menschen heute ein Europa des Friedens, der Sicherheit und der offenen Grenzen ohne Rassismus, Bürgerkriege und Menschenrechtsverletzungen. Es wird zur europäischen Überlebensfrage, wie wir die großen ethnischen und religiösen Minderheiten in unseren Gesellschaften integrieren. Etwa durch die Schaffung, denke ich mir, das noch immer auf der Tagesordnung steht, eines eigenen EU-Kommissariats für Migrations- und Integrationsfragen in Europa. Denn alle EU-Staaten, auch die neuen und die neu hinzugekommenen, werden sich und müssen sich den gemeinsamen Prinzipien und Regeln unterwerfen und unterziehen, um so Menschenwanderungen durch Handeln und Helfen vor Ort, auch in der Slowakei, zu mindern und zu verhindern. Die Flüchtlingskatastrophen vor Europas Küsten und der Bürgerkrieg vor unserer Haustür am Balkan sind Menetekel genug.

Wohin eine Politik des einfach Wegschauens, der Wegweisung, der populistischen Zuspitzung binnen kürzester Zeit führen kann, zeigen die bürgerkriegsähnlichen Zustände an unserer südlichen Grenze in Slowenien, wo Roma-Familien durch das Land getrieben wurden und getrieben werden.

Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Wir stehen vor gewaltigen neuen sozialen Fragen. Die Abstände zwischen Arm und Reich vergrößern sich fortwährend und laufend, die Armut im städtischen Bereich bekommt verschiedenste Gesichter, würde unsere Sozialstadträtin formulieren. Armut vererbt sich immer häufiger, trifft Alleinerziehende, ältere Menschen, Einwandererfamilien und immer stärker auch Normalbürgerinnen und Normalbürger. Echte Armut, so Zitat: Sie kann nicht länger an den Rand der Gesellschaft abgeschoben werden. Sie ist jetzt mitten unter uns, schreiben Journalisten in dem jüngsten Buch „Einfach abgehängt“ und das erleben immer mehr Menschen in unserer Gesellschaft.

Neben den aktuellen Gefahren durch politisch und religiös motivierten Fundamentalismus, durch terroristische Aktivitäten, Nuklearkriminalität und weltweit organisiertes Verbrechen droht uns allen, den bald sieben Milliarden Menschen,

die größte Gefährdung durch die von Menschenhand geförderte ökologische Überbelastung unseres Planeten.

Zu den zentralen Gefährdungen im 21. Jahrhundert zählen die heraufziehenden Konflikte um knappe Ressourcen und Rohstoffe: Das Ende des Ölzeitalters rückt näher. Schreitet der Klimawandel, so wie in den letzten Jahren so zügig voran, wird Schnee in unseren Tallagen zur Seltenheit, wie wir lesen dürfen, jeden Tag schmelzen Gletscher und Arktiseis, drohen bis zu 200 Millionen Klima-Flüchtlinge.

Selbst Britanniens hartgesottene Regierung erkennt die Zeichen der Zeit und beauftragte den früheren Chefökonom der Weltbank, Prof. Nicholas Stern, der genau mathematisch berechnete, dass der globale Temperaturanstieg die internationale Gemeinschaft im langjährigen Durchschnitt geschätzte 5 % ihrer Wirtschaftskraft kosten wird, sage und schreibe im Jahr die unvorstellbare Summe von 2,35 Billionen Euro. Der Wirtschaftsmann, und sicher kein Linker, formulierte: Das ist das größte Versagen des Marktes, das die Welt je gesehen hat. Prof. Stern forderte alle Staaten dringlich auf, massiv in den Klimaschutz zu investieren und pro Jahr ein einziges Prozent ihrer Wirtschaftsleistung einzubringen und zu investieren, damit auch zugleich ein gigantisches Konjunkturprogramm angekurbelt werden könnte.

Ich stimme der Meinung zu, dass die Zukunft den grünen Märkten gehören wird, Sigi Binder, die eine globale Wachstumsdynamik ohne die Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen möglich machen wird. Produkte und Dienstleistungen, die unsere Gesundheit verbessern, sind nicht nur Kostenfaktor, wie in den Jahren zuvor behauptet wurde, sondern ein Zukunftsmarkt. Der Gedanke der ökologischen Nachhaltigkeit ist kein Wachstumshemmnis für die Wirtschaft, sondern ein Wachstumsmotor (*Applaus SPÖ*).

Werte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte! Wir SozialdemokratInnen setzen unvermindert auf unsere Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Wir gehen von der Würde des Menschen aus, wobei jeder Mensch Verantwortung für sein Leben trägt, damit sage ich ein Plädoyer für mehr Eigenverantwortung. Wenn ich persönlich eine soziale gesellschaftliche Vision habe, dann die von einer solidarischen Bürgerinnen/Bürgergesellschaft, die in Gemeinden

und Städten ihre Lebensort findet, denn dort entscheidet sich, ob alle Kinder eine gute frühkindliche Förderung und attraktive Spielplätze bekommen. Hier erweist sich, ob Menschen unterschiedlicher Kultur miteinander oder nebeneinander erleben. Hier stellt sich heraus, ob Jugendliche ihre Freizeit sinnvoll gestalten, ob ältere Menschen im öffentlichen Leben integriert bleiben und ob gepflegte sichere Parks und Grünflächen dazu einladen, sich zu erholen. In einer solchen offenen Bürgerinnen/Bürgergesellschaft im städtischen Umfeld sind demokratische Parteien, Gewerkschaften, soziale Verbände, Kirchen und Religionsgemeinschaften, das betone ich besonders, die herausragenden Träger, aber auch soziale Bewegungen, autonome Vereine, Nicht-Regierungsorganisationen, kurz NGOs genannt, aber vor allem sind es die Bürgerinnen/Bürger selbst, die durch ihr freiwilliges Engagement, durch ihr gemeinsames Anpacken konkreter Probleme im Stadtviertel oder in ihrer Nachbarschaft tätig sind. Deshalb gilt für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Herr Bürgermeister, dass Ehrenamt stärken (*Applaus SPÖ*), damit sind wir gleicher Meinung (*Applaus SPÖ*).

Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Lasst mich sozusagen als Signalfener aus der zweitgrößten Stadt Österreichs ein paar unfrisierte Gedanken, wie es der polnische Spötter Jerzej Lec formuliert hat, zu den gegenwärtigen Grunderfordernissen aus unsere Sicht für die Regierungsverhandlungen im Bund sagen: Wir halten es für essenziell eine bedarfsorientierte Grundsicherung zur Bekämpfung der finanziellen Armut und die Zielrichtung auf 1000 Euro Mindestlohn. Die Anhebung der Mindestpension auf 726 Euro, Toni Pleyer, ist nur ein erster Meilenstein für eine in Zukunft gerechtere abgedeckte Gesamtpensionsreform. Die in drei Bundesländern, auch in der Steiermark, gemeinsam getragene, beschlossene Senkung der Klassenschülerhöchstzahl in Pflichtschulen auf 25 ist auch auf die höheren Schulen auszuweiten. Wir plädieren weiterhin für die Gemeinschaftsschule, Schaffung einer genügend großen Zahl an Kinderbetreuungsplätzen inklusive dem Rechtsanspruch mit sozialer Staffelung der Betreuungskosten und ein verpflichtendes kostenloses Vorschuljahr.

Zwischenruf GRin. Potzinger: Auch bei den Tagesmüttern.

GR. **Herper:** Mehr Geld für die Arbeitsmarktpolitik, insbesondere zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, in der Verkehrs- und Umweltpolitik deutliche Trendumkehr, auch in unserem Sinne in der Region und in der Stadt Graz, von der Straße auf die Schiene und damit ein drastisches Ordnungsschaffen auch in den staatsnahen Betrieben Asfinag, ÖBB und AUA. Lieber Peter Piffel, da ich mich zur Neutralitätsverteidigung persönlich auch bekenne und zur notwendigen Luftraumüberwachung ist es kein Widerspruch, wenn ich mich auch zugleich für Friedensarbeit in der Stadt und darüber hinaus bekenne, aber für mich ist der Ausstieg aus dem Eurofighter-Vertrag bei Klärung aller Unterlagen und Vertragsabschlüsse im Untersuchungsausschuss ganz oben auf der politischen Agenda (*Applaus SPÖ*).

Zum Tag der Menschenrechte wurde von den Menschenrechts- und Hilfsorganisationen ein sogenannter Wahrnehmungsbericht 06 veröffentlicht, der die unmenschliche Asylpolitik und Abschiebep Praxis in Österreich beklagt. Diese Kritik ernstnehmend meine ich, dass es jetzt in Zukunft um die bessere Rechtsstellung von Asylsuchenden und MigrantInnen um deutlichere, als bisher, Integrationsfortschritte gehen wird müssen, um die Beschleunigung von Asylverfahren, die Schaffung eines Asylgerichtshofes und schließlich um die Reduktion der Zahl illegaler Zuwanderer. Und last but not least, aber besonders wichtig, ich sage das auch, weil wir vor zwei Tagen hier im Gemeinderatssitzungssaal gemeinsam uns an die Gründung des ersten Grazer Frauenhauses vor 25 Jahren in Graz erinnerten, als politische Querschnittsaufgabe in unserer Gesellschaft bleibt die Gleichstellung der Geschlechter in konsequenter Fortsetzung weiter ganz oben auf unserer Tagesordnung. Frei nach dem Prinzip des Gender-Mainstreamings, Zitat: Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden helfen. Ich sage das auch als Mann (*Applaus SPÖ*).

Der Finanzreferent hat in seiner Budgeteinbegleitung ein paar notwendige und wichtige Vorgaben, die wir uns heute noch geben werden in Beschlusslage, bereits angeführt. Dazu zählt ganz konkret die Reform des öffentlichen Personennahverkehrs in Graz inklusive einer finanziellen nachhaltigen Lösung für die Grazer Verkehrsbetriebe und die Absicherung der Grazer Stadtwerke AG. Ein erster Schritt dazu wird der heute zu beschließende Beschluss über die zu gebende

Analyse des KDZ sein, die Abschlagszahlung, die einmalige, in der Höhe von 4,2 Millionen Euro im Jahr 2006 an die Grazer Stadtwerke sowie der Zuschuss von knapp 42 Millionen Euro für Straßenbahn in den Jahren 2007 und 2008. Die Bewältigung der Verkehrsproblematik, der Verkehrsmisere kann sich aber organisatorische, methodisch nur nach dem gemeinsamen Land-Stadt-Feinstaubpaket orientieren, das ab morgen, dem 15. Dezember, stufenweise in Kraft tritt, in der Hoffnung, dass die Stadtluft damit wirklich freier werden wird, wenn wir uns alle daran halten. Dem zuständigen Landesrat Manfred Wegscheider ist gemeinsam mit der Landesverkehrsreferentin, den Verkehrsbetrieben und den verantwortlichen Ämtern für Vorbereitung, Koordination Dank geschuldet. Das schon viel beschriebene Paket, die Feinstaubverordnung, die morgen in Kraft tritt, hat bereits in Brüssel und in anderen Städten, nicht nur in Österreich, sondern auch in Europa viel Bewunderung hervorgerufen. Schließlich hat uns Günter Getzinger die Feinstaubbelastung mehr gekratzt als anderswo, wir haben im Umweltamt mit den tollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und im Umweltausschuss im Besonderen fraktionsübergreifend gute Vorarbeit die letzten Jahre geleistet an der sich auch das Land orientieren konnte. Als Stadt setzen wir Zeichen mit Zuschüssen zur Partikelfilternachrüstung, zur Heizungsumstellung und mit der Erweiterung des GVB-Liniennetzes, die Straßenbahnlinien sind insgesamt mit unseren Investitionen im Bereich des ÖV. Dafür auch Dank dir, Gerhard Rüscher, für diese gemeinsame Vorgehensweise, ist die Stadt Graz im Unterschied zu anderen Landeshauptstädten vorne und muss diese Leistung alleine tragen und dies ist sozusagen der Kritikpunkt, der mich besonders schmerzt. Noch muss die Stadt Graz mit wenigen Ausnahmen diese Last allein schultern und dies muss geändert werden (*Applaus SPÖ*).

Deswegen meine ich, dass nach vielen Versprechungen und Jahren des Zuwartens jetzt endlich gehandelt werden muss. Eine Grundlage bietet der Antrag in der Landesregierung zur Einrichtung einer Verkehrsgesellschaft Steiermark und der Installierung eines Schnell-Bahn-Systems zum Knotenpunkt Stadt Graz. Wir SozialdemokratInnen halten überregional unvermindert am Bau des Semmering- und des Koralmtunnels fest. Im Großraum Graz gibt es genügend Vorschläge für eine City-Regional-Bahn sowie auch die Notwendigkeit einer Einführung einer Nahverkehrsabgabe. Eine gemeinsame Finanzierung von größeren Verkehrslösungen in unserem urbanen Großraum durch Bund, Land, Stadt und Private muss möglich sein. Die Überschrift in der Kleinen Zeitung dieser Tage

lautete: „Warten auf den großen Wurf.“ Sie war nicht nur allein bezogen auf die dringlichen Forderungen der Sozialpartner zum Thema Nahverkehrsknoten Hauptbahnhof und der Verkehrslösungen im Bereich der Investitionsknoten ECE-Leiner am Eingang der City, sondern war auch bezogen vor allem auf die Lösung der Verkehrsproblematik in der Großregion Graz. Dies ist eine dringende Aufforderung, der Wurf muss her, der muss umgesetzt werden und kann sich am Beispiel der Feinstaubpaketlösung orientieren.

Was uns weiter auf dem Weg bevorsteht, ist die Reform der städtischen Krankenversicherung, die Neuorganisation des städtischen Facility-Managements und die endgültige Fixierung eines Demokratiepaketes, wobei ich in diesem Zusammenhang vor allem den Vertretern der Bezirke, den Bezirksvorsteherinnen und Bezirksvorstehern besonderen, und zwar übergreifend, besonderen Dank sage nämlich in Richtung der Neustruktur auf Bezirksebene und Errichtung in mehr Bürgernähe, nämlich die Schaffung von mehr Servicezentren und die Erhaltung, Verbesserung von Bezirksämtern, hier sei besonderer Dank gesagt für die Bereitschaften und für die konstruktiven Vorschläge, wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden vor allem die bunte Vielfalt, die sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten auf Bezirksebene entwickelt hat, nämlich in Form der Bezirksdemokratie wieder stärker zum Erblühen bringen.

Wir sollten uns als aktive Stadt vorausschauend und planend besondere Aufgaben stellen, denn die Eckwertbudgetierung war ein Anlass, Positionen zu beziehen, war ein Anlass Prioritätendiskussion einzuleiten, die muss aber noch viel intensiver als bisher erfolgen, dies war nur ein Anfang. Ich denke an drei Beispiele, ich denke an das Projekt die vorsorgende Sozialstadt, die in den nächsten Jahren als ein positives Leitbild in der Stadt in der Fortsetzung der bisherigen erfolgreichen Politik von Tatjana Kaltenbeck-Michl weiter gestärkt werden muss, nämlich die vorsorgende Sozialstadt (*Applaus SPÖ*), die die Menschen dazu befähigt, ihr Leben selbstbestimmt zu meistern, indem sie mehr aktivierende, präventive und investive Ziele in den Mittelpunkt rückt. Es geht um ein neues Mischungsverhältnis zwischen vorsorgenden und nachsorgenden Leistungen, wobei sich die Vorsorge auf drei zentrale Ziele stützt: Emanzipation, Teilhabe und Sicherheit.

In diesem Sinne ist eine solche erfolgreiche vorsorgende Sozialstadt nicht nur allein dazu da, um zu reparieren und in Notfällen einzuspringen, sondern sie wird auch vorausschauend, viel stärker noch als bisher, zukünftig gestalten. Es geht bei dieser Gesamtschau nicht nur um Bildungs- und Familienpolitik, es geht um die soziale Stadt, es geht um die faire Regulierung von Arbeit, deswegen sind wir gemeinsam mit den Kirchen und Gewerkschaften der Ansicht, dass die Erhaltung der Sonn- und Feiertagsruhe weiterhin unser Ziel sein muss (*Applaus SPÖ*) und es geht um eine zeitgemäße Integrationspolitik. In diesem Sinne ist die vorsorgende Stadt eine Querschnittsaufgabe für alle und durch alle Ressorts. Der nächste Punkt ist, und da meine ich besonders, dass wir hier Position beziehen, der jüngste Bericht an den Club of Rome heißt: Grenzen der Privatisierung – wann ist des Guten zuviel? Herausgegeben wurde es vom wahrscheinlich renommiertesten deutschen Wissenschaftler, Ex-Politiker, sage ich, er war Bundestagsabgeordneter und jetzt Dekan der University of California in Santa Barbara, Prof. Ernst Ulrich von Weizsäcker, den ich auch persönlich kennen lernen durfte vor einem Jahr.

Alle wesentlichen Privatisierungen, so die Arbeitsgruppe, auf lokaler und regionaler Ebene wurden von der Arbeitsgruppe geprüft, was sie der Wirtschaft bringen, besonders den betroffenen Menschen an Vor- und Nachteilen, an Erleichterungen und Erschwernissen.

Fazit: Privatisierung verlangt neue Regulierung. Wenn nicht auf Augenhöhe verhandelt wird, geht die Privatisierung regelmäßig zu Lasten der Schwachen. Aus dem Gesichtswinkel der ökonomischen Effizienz ist die Bilanz durchwachsen. Dieser Tage ist der geistige Doyen der SPÖ, Erhard Eppler, 80 Jahre alt geworden, er schlussfolgert in einem Kommentar zu diesem Club-of-Rome-Bericht, dass die Privatisierung die Demokratie schlicht schwächt. Der Slogan von „Besser privat als Staat“ stimmt offenbar nur in einem Punkt: Besser ist Privat nur für jene, in deren Kassen dann das Geld klingelt und das ist wiederum weder gut für die Stadt noch für die Bevölkerung. Und die jüngste OGM-Umfrage bestätigt, die überwiegende Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher ist mit den Dienstleistungen auf Gemeindeebene äußerst zufrieden, Willi Kolar.

Letzter Punkt, als Sozialdemokrat geht es mir im städtischen Raum auch um urbane Visionen, um Zukunft-schaffen, um neue politische Instrumente für Wachstum und

Arbeit. Wir brauchen wirtschaftspolitische Vorsorge, eine stärkende Kultur der Selbständigkeit und des verantwortlichen Unternehmertums, eine strategische und ökologische Industriepolitik, eine Stärkung industrieller Kerne und regionaler Wirtschafts-Cluster. Ich stimme mit Klaus Frölich überein, wenn wir sagen, es gibt neue Zeichen wirtschaftspolitischen Handelns nicht nur im Rahmen der Lösung im Rahmen des Weltkulturerbes Altstadt, den Dachausbau bei K&Ö in Szene zu setzen, sondern auch das künftige Projekt ECE-Leiner, das uns wirklich auch von kommunaler finanzieller Seite Zubrot bringen wird, sondern auch eine Entscheidung, die uns auch im Gegensatz stellt zu Seiersberg und anderen Einkaufszentren auf der grünen Wiese, natürlich auch mit Lösungen, mit entsprechenden Verkehrslösungen unter Bürgerbeteiligung. Ohne Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit in der Großregion Graz kann sich eine derartige Zukunftsvision sowieso nicht entfalten und festigen. Es wurde bereits erwähnt, weil wir gemeinsam mit den Verantwortlichen zusammengesessen sind, dass in den nächsten Jahren es zu einer Verbauung der Reininghausgründe durch Asset-One kommen wird, darin sehen wir eine große Chance für Arbeit und Wohnen in der Stadt und im Bezirk selbst und darüber hinaus mit nachhaltiger Energieversorgung und sanfter Mobilität. Ich sehe darin aber auch eine künftige Verbindung zur Neu-Nutzung des Areals der Hummel-Kaserne, denn diese neue Chancen der Stadtentwicklung zeigt uns die Stadt Salzburg bereits vor. Unser Slogan „Go West“ aus den letzten Jahren, das sich schon durch Investitionen im Grazer Westen zu Buche geschlagen hat, von der Fachhochschule, Campus-Building bis Roche zeigt sich als weitere zukünftige und zukunftssträchtige Fortsetzung. Und noch eine reale Vision, weil sie über das Maß hinausgeht, das normalerweise hier im Gemeinderat als Ton angeschlagen wird, der erfolgsträchtige automotiv Sektor im Großraum Graz wird und dürfte schon aus Gründen der Globalisierung und der Abwanderung in billigere Produzentländer, könnte an wirtschaftlicher Strahlkraft einbüßen, was Folgen hätte für den Wirtschaftsmotor im Ballungsraum und als Bindungsfaktor für zigtausende Arbeitsplätze. Noch sind freilich Riesenaufträge im Anflug, wie es gestern in den Medien hieß. Wir sollten aber grundsätzlich nach Alternativen Ausschau halten.

Im Sinne der von Landeshauptmann Franz Voves geforderten Steiermark-Holding und des mit seinem politischen Gegenübers Hermann Schützenhöfer fixierten Zukunftsprogramms Steiermark der Regionen wäre meiner Vorstellung nach ein großer Wurf möglich, nämlich ein Gesundheitsmedizin-, Biotechnik-Cluster im

Großraum Graz. Mehr als vorstellbar ist und eine kluge Zukunftsvorsorge, die Voraussetzungen sind da, Universitäten, Fachhochschulen, Kompetenzzentren, innovative Unternehmungen mit Forschungslabors und Prüfstellen und vor allem ein geistiges, menschliches Kreativpotential. Viele Zukunftsforscher sind einhellig der Meinung, dass der Wachstumsmarkt der nächsten 10/15 Jahre der Gesundheitsmarkt sein wird (*Applaus GR. Dr. Hammer*). Die Gesundheitsvorsorge, die vielfältigen sportlichen Ausrichtungen, lieber Herr Professor, die boomende Freizeitwirtschaft, wie sie schon jetzt in der steirischen Thermenregion Spitze ist.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Abschließend als Kulturmensch will ich noch dem Wort zur Kultur der Demokratie, der kulturellen Vielfalt, der Kultur der Anerkennung und des Dialogs zwischen den Kulturen ein Bekenntnis ablegen. Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen bekennen uns zur Kulturstadt Graz und deren notwendiger Absicherung; wir bekennen uns zu den kreativen Potentialen, den künstlerischen Freiräumen bis wachsender Kulturwirtschaft und wir wollen, dass die Stadt aktiver handelt als in den Jahren, seit wir Kulturhauptstadt Europas 2003 waren.

Natürlich kommen wir nicht umhin, die geschaffenen Einrichtungen zu erhalten, zu bespielen und für die Mitfinanzierung aufzukommen. Das schafft durch die zusätzlichen Verpflichtungen, die großen Kulturtanker manövrierfähig zu halten, immer weniger Spielraum für die kleinen Beiboote. Die Kulturvereine, die freie Szene und die Förderung der Künstlerinnen und Künstler selbst. Zumindest jetzt ist es auf Landes- und Stadtebene gelungen, die Dreijahresverträge mit Kultureinrichtungen unter Dach und Fach zu bringen, dafür sei zumindest auch den Verantwortlichen Dank gesagt. Aber nicht nur Kulturjournalisten, sondern auch in der Kulturszene selbst werden die zwei Kultur-Newcomer im Land, Kurt Flecker dort und in der Stadt Werner Miedl hier, vergleichend gegenübergestellt. Hat der eine das Landeskulturförderungsgesetz durchgezogen, die Kulturservice GesmbH positioniert, die List-Halle geöffnet und eine regionale Alternative zu den „ausgelatschten“ Landesausstellungen gefunden, sorgt mit seinem Joanneum-Museumsquadranten für heftige öffentliche Debatten, so wird seinem städtischen Gegenüber nur zugebilligt, dass er sich zumindest von Anfang an konsequent, bedingt offensichtlich als WIKI-Obmann, besonders um Kinder und Dogen kümmert. Mit Ausnahme der

Neustrukturierung des Stadtbibliothekenwesens, trotz heftiger Widerstände, ist ihm bislang noch nicht so viel gelungen.

So steht Thomas Wolking im „Falter“ diese Woche fest: Zitat: „Außerdem hat sich der Kultur- und Schulstadtrat für Graffiti auf Straßenbahnen ins Zeug geworfen, für Chorgesang am Hauptplatz, für Feng-Shui und Obstkörbe in Schulen, für Kanonen im Grazer Garnisonmuseum und für Krieg im Grazer Stadtmuseum. Letzteres gründet zumindest auf Fahrlässigkeit“. (*Applaus SPÖ*). Verbale Kraftmeiereien werden da wenig nützen, um Graz gegenüber der künftigen Europäischen Kulturhauptstadt Linz 2009 erneut zu positionieren. Nachdem wir die letzten Jahre vorüberstreichen ließen und dem Prinzip huldigten mussten, aus Finanznöten allein schon, kleckern, aber nicht klotzen, hätte ich mir vorgestellt, dass manche Mittel zumindest zielsicherer auch für kulturelle Positionslichter einsetzbar gewesen wären (*Applaus SPÖ*), anstatt sie für bürgerschaftliche Beschäftigungstherapien mit Werkstatt-Charakter im Ausmaß von 600.000 Euro zu verplempern. Wir SozialdemokratInnen richten den Blick...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Ihr habt doch da auch mitgestimmt.

GR. **Herper:** Wir haben da nicht mitgestimmt, lieber Peter, wenn du dir vielleicht doch dein Erinnerungsfähigkeit bewusst wirst. Wir SozialdemokratInnen richten deshalb den Blick nach vorne. Zuversicht ist wieder gefragt und der Wille zur Veränderung. Die SPÖ als Partei der solidarischen Mitte will nicht nur durch budgetäre Entscheidungen, sondern durch unser tägliches politisches Handeln nicht nur der Regierungsmitglieder in der Stadt, der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, der Bezirksvorstehungen, BezirksrätInnen unsere politischen Funktionäre insgesamt durch Vorschläge, Projekte und Visionen im täglichen Lebens- und Arbeitsumfeld der Menschen unter Beweis stellen, dass unsere Stadt stark und aktiv ins nächste Jahrzehnt gehen kann. Dass die soziale und ökologisch geprägte Stadt unser zentrales Handlungsfeld ist und dass wir mit Zukunftsentscheidungen zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum, zur Arbeitsplatzsicherung und –schaffung zu

Wohlstandsmehrung und zur Steigerung der Lebensqualität in Graz beitragen können und wollen.

Die künftigen Entwicklungslinien der Stadt sind in den kommenden Jahren unser Mittelpunkt und zugleich die Vorsorge, den Menschen Heimat, Zuversicht, Sicherheit und Behausung zu geben. Diese Lebensqualität heißt soziale Sicherheit, heißt Gesundheitsfördernde Umweltmaßnahmen, heißt sanfte Mobilität. Wir alle sind aufgerufen, die Zeichen der Zeit zu erkennen und zu handeln, global denken, lokal handeln, der Ruf nach Steuerung in Zeiten der Globalisierung ist allerorten hörbar. Gutes Regieren, Good Governance, wie es so schön auf Neudeutsch heißt, ist mehr denn je die Forderung auch in unserer Stadt.

Mit dem heute zu beschließenden Budget und der Perspektive, mit dem Gipfel-Sieg 2010 vor Augen, wird die zweitgrößte Stadt Österreichs wieder in einer neuen politischen Liga spielen können, weil sie mehr Spielraum und mehr Freiraum bekommen wird zu handeln. Wir geben damit den hier lebenden Menschen, in deren Auftrag wird gewählt sind und tätig sind, letztlich uns allen, ein Stück Hoffnung für die Zukunft. Herzlichen Dank (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreter Walter Ferk übernimmt um 11.58 Uhr den Vorsitz.

K P Ö

GR. Josef S C H M A L H A R D T

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, meine Damen und Herren!

Auch am Anfang meiner Ausführungen möchte ich mich namens meiner Fraktion bei allen beteiligten Damen und Herren hier im Hause, die am Zustandekommen dieses Budgets beteiligt waren, recht herzlich bedanken und wir alle wissen, dass die letzten Wochen für alle Mitarbeiterinnen in allen Büros dieses Hauses nicht die leichtesten waren, also mein herzlichster Dank an alle Betroffenen (*Applaus KPÖ*).

Der Beschluss über den Voranschlag dieser Stadt ist beileibe keine Routine-Angelegenheit. Es ist eine der wichtigsten Errungenschaften unserer Demokratie, dass die gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung darüber entscheiden, wie die Steuermittel verteilt werden, die ja von uns allen gezahlt werden. Vorher hatten Könige, Fürsten und Beamte ganz alleine diese Beschlüsse gefasst. In der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft war der Kampf darum, wer die Budgethoheit hat, oft sehr erbittert.

Jetzt haben wir die Budgethoheit und können sie in Wirklichkeit nicht ausnützen, weil ÖVP und SPÖ, die bestimmenden Kräfte in der Stadtregierung, alles eigentlich untereinander ausgemacht haben. Die beiden KPÖ-Stadträtinnen wurden nur sehr spät in die Diskussion einbezogen und hatten keinen wesentlichen Einfluss auf die grundlegenden Richtungen dieses Voranschlages.

Trotzdem: Die Budgetdebatte im Gemeinderat ist keine Formsache. Erst durch unseren Beschluss erlangt der vorliegende Entwurf eine verbindliche Kraft. Es ist das Regelwerk, an das sich die Stadt im kommenden Jahr halten muss und sollte. Der Stellenwert der Budgetdebatte hat in der laufenden Gemeinderatsperiode stark abgenommen. Nicht nur die Anzahl der Gemeinderatssitzungen wurde verringert, sondern auch für eine eigene Budget-Gemeinderatssitzung ist scheinbar keine Zeit mehr. Für notwendige Meinungsbildung und Diskussionen hat man in Wirklichkeit keine große Lust mehr.

Die Bediensteten der Stadt Graz leisten für unsere Heimatstadt sehr gute Arbeit und dafür ist auch nochmals zu danken. Dies steht am Anfang meiner Ausführungen, die sich notwendigerweise sehr kritisch mit der grundlegenden politischen Richtung von SPÖ und ÖVP auseinandersetzen muss. Wir haben noch immer eine Lebensqualität, um die uns Besucherinnen und Besucher aus anderen Ländern oft beneiden. Genau deshalb müssen wir achten, dass dieser Vorzug in unserer Stadt und in unserem Heimatland nicht verloren geht.

Unsere Kritik an der Finanzpolitik ist, glaube ich, bekannt und sie ist bisher nicht widerlegt worden. In allen Budgetreden der jetzigen Gemeinderatsperiode haben wir klar und deutlich gesagt, dass die Finanzsituation der Stadt nicht zum Vorwand für Sozialabbau und Privatisierung genommen werden darf. Heute beschließen wir zum letzten Mal in dieser Periode ein ausverhandeltes Budget. Vor der Gemeinderatswahl im nächsten Jahr wird es nur mehr ein Budgetprovisorium geben. Deshalb ist es gestattet, wenn ich daran erinnere, dass wir von der KPÖ bei den Parteienverhandlungen im Februar und März 2003 über unsere Positionen keinen Zweifel gelassen haben. Was haben wir damals gefordert?

1. Das Infragestellen des innerösterreichischen Stabilitätspaktes im Zusammenhang mit den EU-Vorhaben, eine Änderung des Finanzausgleichs zugunsten der Städte mit zentraler Funktion und die Abschaffung der Landesumlage.

2. Befreiung der kommunalen Einlagen von der KEST.

Weiters, anstelle von Tarif- und Gebührenerhöhungen, die vor allem sozial Schwächere treffen, fordern wir eine stärkere Abschöpfung der Unternehmensgewinne.

Weiters: Die Nahverkehrsabgabe der Unternehmer zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs ist ehestens einzuführen. Weiters die Abschöpfung der Wertsteigerung von Grundstücken infolge von Umwidmungen und von öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur.

Gemeinderat und Stadtregierung müssen durch ihr Beispiel zeigen, dass die Spargesinnung ernst gemeint ist. Deshalb fordern wir zum wiederholten Male:

Reduzierung der Zahl der Stadtsenatsmitglieder von 9 auf 7. Begrenzung der Beschäftigtenzahl in den politischen Büros. Reduzierung der Parteienförderung und Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Reduzierung der Politikerbezüge.

Wir haben auch Garantien gegen den Ausverkauf des städtischen Eigentums gefordert. Leider sind ÖVP und SPÖ einen anderen Weg gegangen. Dass wirtschaftliches Denken in allen Bereichen Platz greifen muss und jede Ausgabe im Hinblick auf Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit überprüft wird, ist auch für uns eine Selbstverständlichkeit. Unsere beiden Stadträtinnen haben beispielsweise bis jetzt alle Vorgaben zur Einsparung erfüllt. Aber in vielen Bereichen sind Kürzungen nicht mehr möglich.

So werden den Wirtschaftsbetrieben 2007 Leistungen in der Höhe von acht Millionen Euro nicht abgegolten und auch diese Zahl verringert natürlich in Wirklichkeit nur scheinbar das laufende Defizit des Budgets. Auch die Position Taktfahrplan der GVB, 2006 noch 3,3 Millionen Euro, wurde gestrichen und schönt das Budget. Positiv ist hier anzumerken, dass die Entwicklung der Ertragsanteile mit einem Plus von 15 Millionen Euro zu Buche stehen. Die Zunahme dürfte konjunkturell bedingt sein. Insgesamt bringen diese drei Beispiele eine vermeintliche Verbesserung von 26,3 Millionen Euro.

Umgekehrt wird man sich die Frage stellen müssen, ob alles von der Stadt Geleistete in Zeiten der Geldknappheit noch möglich ist. Wenn wichtige kommunalpolitische Leistungen gekürzt werden, ist zum Beispiel eine Beteiligung der Stadt an der Grazer Messe zu hinterfragen.

Eine breite Diskussion darüber, welche städtischen Aufgaben unverzichtbar sind, und wie sich das auf die Finanzplanung auswirken muss, wird bisher nicht geführt.

Seit dem Jahr 2004, als das Projekt „Aufgabenkritik zur Haushaltskonsolidierung“ startete, sind alle Abteilungen hier im Haus angehalten, die Möglichkeiten von Einsparungen zu prüfen.

Aber in vielen Bereichen ist jetzt bereits die Grenze des Möglichen erreicht. In den nächsten drei Jahren sollen die Kürzungen aber fortgesetzt werden. Damit würde aber selbst die Erfüllung von Pflichtaufgaben nicht mehr vollständig gewährleistet werden können.

Mit den jährlich geschnürten Paketen hat die Stadt praktisch ihr gesamtes Liegenschafts-Vermögen einschließlich des Rathauses, der Parks und Spielplätze an die GBG übertragen, ein echter Verkauf großer Teile davon ist wahrscheinlich nur mehr eine Frage der Zeit. Was als Sanierung hingestellt wird, bedeutet in Wahrheit einen Ausstieg aus dem Kommunalwesen.

Die Stadt hat nicht nur einige ihrer Aufgaben in Gesellschaften ausgegliedert, sondern auch die Schulden in der Höhe von 700 Millionen Euro.

Am Beginn der laufenden Gemeinderatsperiode wurde ein sogenanntes Beteiligungscontrolling installiert und von Stadtrat Riedler eine Prüfung der Gesellschaften hinsichtlich ihres Unternehmenszweckes angekündigt. Eine Kosteneinsparung und Effizienzsteigerung innerhalb des Konzerns, wenn man die städtischen Gesellschaften so bezeichnen darf, können wir nicht feststellen. Der Jahresverlust dieser Gesellschaften beträgt rund 30 Millionen Euro, der notwendige Zuschuss an die 26 Gesellschaften wird 2007 fast 62 Millionen Euro betragen.

Ich möchte mich jetzt bei der Betrachtung der Beteiligungen auf die Grazer Stadtwerke AG und die Grazer Bau- und Grünlandsicherungsgesellschaft beschränken. Die öffentliche, in den Medien ausgetragene Diskussion der beiden Präsidenten des Aufsichtsrates der Grazer Stadtwerke zeigt uns, in welcher schwieriger Lage sich der Leitbetrieb der Stadt Graz seit dem Verkauf des Energiebereiches befindet. Hier nur einige Zahlen. Die Verschuldung der Grazer Stadtwerke AG beträgt 221 Millionen Euro und allein der Abgang im Verkehrsbereich von über 30 Millionen Euro kann aus eigener Kraft des Unternehmens nicht mehr finanziert werden.

Bund, Land und Stadt dürfen sich nicht aus ihrer Verantwortung für den öffentlichen Verkehr verabschieden, die Einführung einer Nahverkehrsabgabe durch die Unternehmer ist daher unumgänglich. Einen weiteren möglichen Verkauf der restlichen 49 % der Energiebereiche der Stadtwerke werden wir in Zukunft mit allen Mitteln zu bekämpfen wissen.

Die Grazer Grünlandsicherungsgesellschaft, kurz GBG genannt, wird überwiegend als Geldbeschaffungsgesellschaft benötigt und mit ihrer Hilfe wurden im letzten Jahr mittels fünf Immobilienpaketen in der Höhe von 314 Millionen Euro die jeweiligen Budgets im Nachhinein gerettet. Die Gesamtverschuldung dieser Gesellschaft beläuft sich mittlerweile auf 377 Millionen Euro, der Tilgungszeitraum für diese Kredite wurde im letzten Jahr mit etwa 45 Jahren prognostiziert. Die nächsten Generationen dieses Hauses, des Gemeinderates und die Grazer SteuerzahlerInnen sind damit belastet und wir haben damit für die Zukunft kaum mehr einen Spielraum.

Die Budgetkürzungen wirken sich inzwischen zwar einschneidend aus, sie bewirken allerdings keineswegs eine Sanierung der Finanzen. Diesbezügliche Erfolgsmeldungen des Finanzreferenten sind aus meiner Sicht völlig unangebracht, entsprechen keinesfalls der Realität und können nicht über die ernste finanzielle Situation der Stadt hinwegtäuschen. Eine zusätzliche Belastung entsteht der Stadt Graz durch die Abführung der Landesumlage. Während Länder wie Niederösterreich auf die Einbehaltung der Landesumlage verzichten und Oberösterreich und Tirol den vom Gesetz möglichen Prozentsatz nicht ausschöpfen, wird Graz trotz seiner schwierigen finanziellen Situation voll zur Kasse gebeten. Die KPÖ fordert daher ganz entschieden die Abschaffung der Landesumlage.

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Kann der Kaltenegger beantragen.

GR. **Schmalhardt:** Wir müssen den Problemen ins Auge sehen und feststellen: Ohne eine Änderung der Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene können wir unsere Probleme nicht lösen. Es gibt schon viele gute Vorschläge des Städtebundes mit diesem Ziel. Papier, wie wir wissen, ist allerdings sehr geduldig. Was wir von der KPÖ vermissen, sind die gemeinsamen Aktionen, die sich auch gegen die eigenen Leute der verschiedenen Parteien im Bund und Land richten müssen. Leider ist es auch so, dass es auch Kommunalpolitiker gibt, die auf die ernste Situation der Stadt vergessen, wenn sie um eine Ebene aufsteigen. Dabei habe ich vor allem unseren ehemaligen Stadtrat Buchmann im Auge, der als Finanzlandesrat eigentlich sehr wenig für unsere Stadt tut.

Umgekehrt ist es so, dass die Mehrheit der Stadtregierung positiven Initiativen des Landes im Interesse der Stadt nur halbherzig oder gar nicht unterstützt. Ich denke dabei an die bevorstehende Neufassung des Grazer Altstadterhaltungsgesetzes. Die Initiative dazu geht auf Ernst Kaltenegger zurück, der auch im Landtag nicht vergisst, was er im hier im Hause als Stadtrat gefordert hat. Es geht dabei darum, dass Fälle wie der Abbruch des Kommod-Hauses sich nicht noch einmal wiederholen können, die Altstadt von Graz ist, wie wir wissen, ein Weltkulturerbe. Wie wichtig es ist,

diesen Titel zu erhalten hat die positiv zu Ende geführte Diskussion um das Projekt Dachausbau Kastner & Öhler gezeigt.

Unsere Wohnungsstadträtin Kahr hat im abgelaufenen Jahr die Verantwortung für das Wohnungsamt gut wahrgenommen. Es ist gelungen, das Sanierungsprogramm „Ein Bad für jede Gemeindewohnung“ fortzusetzen. Die Standardanhebung mit dem Schwerpunkt Heizungseinbau ist auch ein Beitrag zur Lösung des Feinstaubproblems. Das Ergebnis kann man in der Triester Siedlung sehen. Mit dem innovativen Projekt Grünanger wurde neuer Wohnraum geschaffen und es gibt eine neue allgemein verständliche und in acht Sprachen übersetzte Hausordnung für die Gemeindewohnungen, die Privatisierung derselben Gemeindewohnungen wurde bisher von uns erfolgreich verhindert. Gleichzeitig aber ist es umso notwendiger, neuen Wohnraum zu schaffen.

Meine Damen und Herren! Nicht aus eigenem Versagen wird die Gruppe jener Menschen, die keine Arbeit haben, die mit kleinen Pensionen leben müssen, die zu Billigtlöhnen arbeiten und die für ihre Kinder nicht dieselben Ausbildungsmöglichkeiten haben, immer größer. Gerade diese Gruppe an Menschen gerät aber immer mehr unter Druck und wird vor allem durch die steigenden Kosten am privaten Wohnungsmarkt buchstäblich in die Armut gedrängt. Die Ansuchen um eine leistbare Gemeindewohnung haben sich in den letzten Jahren verdoppelt. Demgegenüber stehen aber zu wenige freie Gemeindewohnungen.

Seit Jahren weist die KPÖ auf die Notwendigkeit hin, dass angesichts des steigenden Bedarfs an leistbaren Gemeindewohnungen rechtzeitig Grundstücke für den sozialen Wohnbau sichergestellt werden müssen. Bisher sind wir mit diesen Hinweisen größtenteils auf taube Ohren gestoßen. Die GBG, die unter anderem deshalb gegründet wurde, um für die Stadt Wohnbaugrundstücke zu sichern, wie der Name ja sagt, ist in dieser Hinsicht kaum tätig geworden. In den letzten zehn Jahren wurden lediglich zwei Grundstücke für den sozialen Wohnbau angekauft. Von Seiten des zuständigen Beteiligungs- und Liegenschaftsreferenten Stadtrat Riedler wurden bisher keine wirksamen Initiativen in diese Richtung gesetzt. Die Stadt kommt ihrer sozialen Verpflichtung, rechtzeitig gegenzusteuern, nicht nach und überlässt den Wohnbau zur Gänze dem freien Markt, den Banken und den großen Baufirmen.

Meine Damen und Herren! Wenn dieses Problem von SPÖ und ÖVP noch weiter hinausgeschoben wird, sorgt der Markt für explodierende Grundstückskosten und die Anzahl jener Menschen in Graz, die keine leistbare Wohnung finden werden und dadurch von Obdachlosigkeit sind, wird ansteigen. Mit dem einstimmigen Beschluss für Gemeindewohnungen auf Kasernengrund hat der Gemeinderat im Februar eine wichtige Meinungsäußerung abgegeben. Diese, unsere gemeinsame Forderung ist von mehr als 5000 Grazerinnen und Grazer unterstützt worden. Die KPÖ hält es deshalb für sinnvoll, die neue Regierung aufzufordern, Grundstücke wie die Hummelkaserne oder die Kirchnerkaserne der Stadt zu günstigen Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Auch das Land Steiermark ist aufgefordert, hier einen Beitrag zu leisten.

Wir leben in einer Zeit, in welcher der Gegensatz zwischen Arm und Reich immer deutlicher sichtbar wird. Eine Gesellschaftsordnung, in der zwei Prozent der Weltbevölkerung 50 Prozent des weltweiten Vermögens besitzen, kann nicht das letzte Wort der Geschichte sein. Auch in Österreich gibt es 60.000 Euro-Millionäre, die über 200 Milliarden Euro verfügen. Dieser Wohlstand muss gerecht verteilt werden. Dafür tritt die KPÖ ein. Wir wollen keine Lobby für Banken, Konzerne und Betreiber von Glücksspielsalons sein, sondern für die Menschen eintreten, denen es nicht so gut geht.

Der hier vorliegende Haushaltsvoranschlag wurde im Rahmen einer Pressekonferenz von unserem Bürgermeister, Vizebürgermeister und zuständigen Stadtrat Riedler mit den Herren Nagl und Ferk ohne Nennung der Zahlen als großer Wurf gefeiert und die Finanzlücke von rund 50 Millionen Euro schöngeredet. Es wurde uns wieder, wie in den vergangenen Jahren die Lösung dieser Lücke, wie sie geschlossen werden soll, vorenthalten. Die öffentliche Diskussion von vermeintlich Betroffenen von zukünftigen Geldbeschaffungsaktionen wird uns wie in den letzten Jahren begleiten und die Befürchtung von weiteren Verkäufen und Privatisierungen wird sich vermutlich bestätigen.

Meine Damen und Herren! Einem Budget, welches aus unserer Sicht auf so gläsernen Fundament steht, können und wollen wir nicht zustimmen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

GRÜNE

Gemeinderätin Lisa R Ü C K E R

Das Bergbild hat mich heute sehr angesprochen, zwei Fraktionen haben gleich den Gipfelsieg da herinnen angeführt, nachdem ich selber eine sehr leidenschaftliche Bergsteigerin und auch Kletterin bin, war das Bild einerseits ansprechend, auf der anderen Seite, wenn ich es mir dann vorgestellt habe, diese Stadtregierung in einer Seilschaft. Ich habe mir selber angewöhnt auf dem Berg, nur mit den PartnerInnen zu steigen, die ich erstens gut ertragen kann und zweitens, bei denen ich auch hohes Vertrauen habe und besonders dann, wenn ich in eine Wand steige. Und diesen Eindruck, ich weiß nicht, mir ist ein bisschen schwindlig geworden, wie ich mir das so vorgestellt habe, ich schaue euch von einer Hütte zu, wie ihr so in die Wand hineinsteigt, also den Eindruck könnt ihr mir nicht hinterlassen, dass ihr eine Top-Seilschaft seid in dieser Stadtregierungsform, das tut mir wirklich leid, aber das Bild war schön und hat mich persönlich sehr gefreut.

Aber wir sind ja die Empörungsprofis und deswegen werden wir natürlich nicht alle Bilder, die da herinnen gezeichnet werden, nachzeichnen können. Aber was mir doch gefallen hat, das muss ich jetzt dem Charly Herper sagen, im Vergleich zur ÖVP erweckt ihr wenigstens den Eindruck, dass ihr Visionen habt und dass ihr ein Bild habt von dem, wie eine Stadt ausschauen könnte. Bei der ÖVP hören wir in der letzten Zeit auf allen Ebenen halt einfach, dass sie gut sind, dass sie gut sind, dass sie gut sind oder, dass sie glauben, dass sie gut sind. Aber das ist mir nur jetzt so zur Einleitung eingefallen, also diese unterschiedlichen Bilder eurer zwei Fraktionen die sich immer wieder in der Differenzierung besonders ausdrücken und weniger in der Zusammenarbeit ist eines der Hauptthemen auch von mir in Bezug auf die Politik, die hier in der Stadt gemacht wird. Aber ihr seid momentan glücklich über das Budget, seid sehr zufrieden mit dem vorliegenden Ergebnis und wenn man die Zahlen so oberflächlich betrachtet, ist das auch ein schönes Ergebnis. Man könnte tatsächlich meinen, die Trendumkehr ist sichtbar, man könnte auf den ersten Blick auch meinen, dass die Sanierung, der Sanierungskurs greift und so können wir uns alle an den schönen Zahlen freuen und glücklich in die Weihnachtsferien gehen. Aber wir

Grünen sind halt ein bisschen lästiger, wir schauen eben genauer hin und wir lassen uns nicht so gern einlullen von einer inzwischen sehr üblichen Nulldefizitrhetorik und wir wollen eben mehr wissen. Wir wollen wissen, was steht hinter den Zahlen, was ist das für eine Politik, die dahintersteht und die hier ausgedrückt wird und da sehen wir noch keine Weihnachtsferien, leider. Woran wir uns sicher nicht gewöhnen werden und auch nicht gewöhnen wollen, ist, dass man in der Stadt, statt dass man vorausschauend Politik macht, immer mehr mit dieser Budgetsanierung in Form eines Sachzwangs politischen Entscheidungswillen zugunsten klarer Ziele und Schwerpunkte verhindert. Ich finde es sehr interessant, wenn der Kollege Frölich von der ÖVP von den Verhinderern und Empörungsprofis spricht und manchmal habe ich den Eindruck gehabt, dass gerade die ÖVP innerhalb der Regierung die Opposition ist momentan, immer wieder so, also das ist der Eindruck von wegen gemeinsame Entscheidungen...

Zwischenruf GR. Schönegger: Das ist der falsche Eindruck.

GRin. **Rücker:** Ist der falsche Eindruck? Dann ist es vielleicht nur ein sehr persönlicher Eindruck, aber einer, dem ich wieder begegne die ganze Zeit. Diese Kritik, dass hier nicht gut zusammengearbeitet wird, ist ja nichts Neues von uns und ich werde aber heute besonders hören und wir haben es auch schon gehört, dass die Stadt oder die Regierung oder der Finanzstadtrat diesmal wirklich Schwerpunkte gesetzt hat, wir hören dass die Sanierung eine wesentliche Grundlage dafür ist, dass es Handlungsspielräume gibt in der Politik und da sagen wir, ja, das stimmt. Es gibt einige Schwerpunkte, die zu erkennen sind und wir sehen auch, dass eine wichtige Grundlage für einen Handlungsspielraum in einer Stadt natürlich ist, dass ein Budget einigermaßen stabil ist. Und wenn man so sieht, was in den letzten Jahren so passiert ist mit dem Budget, die bedrohliche Situation und auch das Gefühl, ohne Sanierung wird der Spielraum völlig wegfallen, hat uns ja auch dazu aufgerufen, eine klare neue Finanzpolitik in dieser Stadt zu fordern. Nur wenn man das Budget genauer anschaut, ist diese Finanzpolitik eben noch nicht so neu. Es gibt zwar den einen oder

anderen positiven Ansatz, die kann man ja auch auflisten, es ist diese Zinspolitik, die neue Darlehenspolitik, einigermaßen Festlegung im Bereich der AOG, wir sehen aber auch, dass im Ausgabenbereich ein schonender Umgang stattfindet und ein vorausschauender, was jetzt die soziale Kälte anbelangt, das können wir immerhin mittragen. Und es entspricht aber auch dem Gebot der Stunde, ist natürlich auch ganz notwendiges, aber leider sehr defensives Herangehen an ein Budget und was wir vermissen, ist eine ganz klare politische Offensive und das braucht aber eben Zusammenarbeit, da komme ich immer auf das zurück. So kommen wir heuer auch wieder zur Einschätzung, dass es sich beim Konsolidierungskurs um einen immer noch erklecklichen Finanztrick auf der einen Seite und mit einigem Glück auf der Seite der Einnahmen erzielt, also wir sehen weniger politisches Handeln hinter dem Kurs als dass einerseits Glück da war bei den Einnahmen als auf der anderen Seite das doch noch einige Budgettricks und vielleicht sogar ein bisschen zuviel Budgettricks angewendet werden, um auf diesen Kurs zu kommen. Wir sehen keine längerfristige Handlungsperspektive, immer noch nicht und wir sehen keine strukturellen neuen Ansätze. Und die Politik, die wir dahinter wahrnehmen, die sich dann eben auch in den Zahlen ausdrückt, entspricht den Anforderungen, die wir nicht müde werden einzufordern, leider noch lange nicht.

Ich komme jetzt zum Budget, möchte ein paar Worte zum Budget sagen und an der Stelle natürlich, wie auch alle anderen, mich anschließen an das Dankeschön an die Menschen, die diese Arbeit hier im Haus machen, auch an dich, lieber Finanzstadtrat, weil man sieht auf der Aufbereitung, dass dir das Anliegen mit der Transparenz durchaus ein ernstes ist und das war auch eine Forderung von uns, also das Zahlenmaterial macht inzwischen doch einiges her und da ist natürlich voran der Michi Kicker, die Finanzabteilung, Finanzdirektor, herzlich gedankt für Aufbereitung und für die viele Arbeit, die dahinter steht (*allgemeiner Applaus*). Wir sehen, dass es anstrengend ist, wir sehen, dass es eine Herausforderung ist, aber wir sind nicht zufrieden. Warum nicht? Zu den Einnahmen: Also bei den Einnahmen ist es wirklich so, dass wir das Gefühl haben, es ist mehr Glück als politischen Handeln die Mutter der positiveren Zahlen, höhere Ertragsanteile und mehr Kommunalsteuer auf Grund einer etwas anziehenden Konjunkturlage, wie du es ja selbst auch beschrieben hast, sind aber schön und deswegen werden wir daran nicht herumkritteln. Dass es aber immer noch keine spürbaren Ergebnisse gibt von den angeblich so positiv verlaufenden Verhandlungen mit Land und Bund, dass es wieder

nicht möglich ist, dass die Möst-Mittel geflossen sind, dass die Belastung der Gemeinden und vor allem der Stadt Graz genauso ungerecht weitergeht wie bisher, da haben wir den Eindruck, dass auch von Seiten der Stadt, was den Städtebund anbelangt und wo wir ja sehr prominent durch unseren Bürgermeister vertreten wären und auf der anderen Seite auch jetzt in den Regierungsverhandlungen, ja, wo die SPÖ wieder auf Bundesebene eine wichtige Rolle spielt, völlig vermisste, den Blick auf die Situation der Gemeinden, wenn es darum geht, wie wird in Zukunft Finanzpolitik in dem Land gemacht. Also da ist mir noch gar nichts aufgefallen in diese Richtung, dass da irgendwie innerhalb der Partei, aber das ist ja ein altes Thema, es gibt ja immer sozusagen hier Parteien, die hier regieren und in allen Ebenen wieder vertreten sind in regierender Position und irgendwie wirkt sich das nicht aus.

Zu den Gebührenerhöhungen: Da fehlt uns, das haben wir auch klar gesagt, immer noch eine klarere ökologische Orientierung und auch noch, ich habe das Regierungsprogramm von euch noch einmal genauer durchstudiert, das ihr euch im Jahr 2003 selbst auferlegt habt, soziale Ausgewogenheit und Neuorientierung im Bereich der Gebühren. Bis jetzt stellen wir mehr eine lineare Erhöhung fest und ökologisches Steuern in dem Bereich und Ressourcen sparen wäre eben auch eine Frage von Kostenwahrheit, bis hin zu Kostensparen. Kanalgebühren zum Beispiel bieten einiges mehr an Phantasie und Gestaltungsspielraum, als wir im heute vorliegendem Stück auch sehen. Was uns aber nicht erzählt werden kann, dass der Kanal nicht kostendeckend finanziert ist, dass es sich da um einen defizitären Bereich handelt, das ist eine gewagte Darstellung, da müssen wir dann über die Rücklagen usw. diskutieren.

Im Bereich der Parkgebühren ist eine Ausweitung und Bewirtschaftung auf dem gesamten Grazer Raum ein Gebot der Stunde und da würde sich das einnahmenseitig sehr sinnig auswirken, aber das erfordert eben das, was wir leider vermissen, nämlich einen klaren politischen Willen der Verkehrspolitik, also das ist etwas, was uns Grünen in den letzten Jahren doch sehr abhanden gekommen ist in der Beobachtung der Verkehrspolitik. Gar nicht zu reden von zeitgemäßen zusätzlichen Einnahmequellen, wie die, haben wir eh schon gehört, Nahverkehrserregerabgabe, aber auch die City-Maut, die der Kostenwahrheit im Verkehrsbereich näher kommen würde als sie derzeit stattfindet.

Dann komme ich zu den Ausgaben, da wird ja der besondere Erfolg der Eckwertbudgetierung, der Charly Herper hat ja schon gesagt, die schon lange erfolgreiche Eckwertbudgetierung, das ist ja eine relativ neue Budgetierung in der Stadt, da werden 18 Millionen Euro, als Erfolg verbucht. Dazu gesagt wird sehr leise, dass 18 Millionen Euro von den 18 Millionen Euro 7,5 Millionen Euro durch die Auflösung von den sogenannten Ressortsparbüchern da hineingekommen sind, das heißt, diese 18 Millionen Euro kriegen dadurch natürlich einen etwas anderen Blickwinkel und vor allem in Bezug auf die Perspektive mit der Eckwertbudgetierung. Denn wenn nächstes Jahr wieder heruntergekürzt werden muss im Eckwert und wir davon ausgehen können, dass im Rahmen dieser Sparbücher nicht unbedingt die großen Einsparungsergebnisse da sein werden, dann ist das endenwollend, diese Strategie, außer es gibt wirklich strukturelle Veränderungen in der ordentlichen Gebarung und es gibt endlich die schon wieder und zum hundertsten Mal angekündigte echte ernsthafte in die Tiefe gehende Prioritätendiskussion. Sie ist immer nur noch angekündigt, ihr habt euch im Sommer nicht einen Tag zusammengesetzt zu einer Klausur zu diesem Thema und das wird ja wohl irgendwann einmal möglich sein.

Zwischenruf StR. Mag. Riedler unverständlich.

GRin. **Rücker:** Danach schon, aber wann, das sieht man eben noch nicht im Budget, wir sehen es noch nicht im Budget. Also zu befürchten ist aus unserer Sicht, dass die Eckwertbudgetierung vom Ansatz her interessant, aber wenn sie so weitergemacht wird, erstens bald an die Grenzen stößt und ohne nachhaltige Wirkung bleibt. Dann gibt es beim Bereich Ausgaben einen offenen Bereich, also aus unserer Sicht, der ein wesentliches Schwerpunktthema betrifft, das ist die Frage, wie wird der öffentliche Verkehr in Zukunft oder auch laufend finanziert. Der Kollege Schmalhardt hat es hier auch schon angesprochen, der Taktfahrplan wird von 3,3 Millionen auf Null gestellt im Budget. Gleichzeitig bekommen die Stadtwerke, weil uns heuer halt ein Geld übrigbleibt interessanterweise, Bares noch schnell am Ende des Jahres,

wird das heißen, dass nächstes Jahr, wenn man im ÖPNV trotzdem, dass wir es schon lange vorhaben, nicht auf neue Grundlagen mit den Stadtwerken kommen, wieder am Ende des Jahres schnell einmal ein Betrag zu den Stadtwerken fließt und was heißt das für die Haltung der Stadtwerke gegenüber der Stadt? Heißt das, dass die Stadtwerke sich darauf verlassen werden können und in eine andere Verhandlungsposition mit uns gehen, weil sie eben wissen, letztendlich wird die Stadt schon dazu beitragen, dass das Defizit ein bisschen geringer ausfällt? Und es ist auch schwer zum Aushalten, dass die Stadtwerke zu 49 % Eigentümerin immer noch sind für die Energie und dort anscheinend die Gewinne daherpurzeln und irgendwie den BewohnerInnen in der Stadt das nicht zugute kommt, das ist eigentlich auch nicht verständlich. Deswegen werden wir auch ganz genau darauf schauen, dass da weitere Verkäufe nicht stattfinden, schauen, was passiert mit den Gewinnen. Dass die Stadtwerke eine öffentliche Aufgabe zu erfüllen haben, ist klar, dass die im Verkehrsbereich natürlich nicht gewinnbringend sein wird, ist uns auch klar, liegt in der Natur der Sache, aber dass wir momentan erleben, die Erpressbarkeit der Stadt durch die Stadtwerke, das muss ein Ende haben und da bin ich ganz bei dir, Wolfgang Riedler, wenn du gestern sagtest, die Stadtwerke gehören der Stadt und nicht umgekehrt, unterschreibe ich voll. Aber deine Argumentation fängt dann zum Hinken an, wenn du in der Diskussion darüber aus dem Finanzstadtratmantel in den Mantel Aufsichtsrat schlüpfst, um dann zu sagen, jetzt bin ich aber in der Verschwiegenheit und das ist nämlich genau das klassische Beispiel, das wir haben, wenn man bei den Auslagerungen eine Demokratie...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler. Das ist unfair.

GRin. **Rücker:** Nein, du hast in einem Punkt gesagt, das kann ich nicht beantworten, weil jetzt bin ich Aufsichtsrat und das ist genau der Punkt, wie du mit dem demokratiepolitischen Defizit, das entsteht, weil wir auslagern, auslagern und dann irgendwie kommst du damit auch persönlich in einen Rollenkonflikt als...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Seit 1960.

GRin: **Rücker:** Ja, und deswegen muss man das auch ändern, weil es seit 1960 so ist, heißt das, dass es viel zu lange so ist. Dann wie schaut das aus mit der ordentlichen Gebarung und der Lücke, die Lücke ist geringer, das stimmt, sie wird wieder durch Vermögenstransfers, weniger heuer als die letzten Jahre, nona, ist ja nicht mehr viel da und Rücklagenauflösungen aufgefüllt und von dieser Strategie habt ihr uns bis heute nicht überzeugen können. Weil letztendlich werden uns die Rückzahlungen, die Mietzahlungen für die verkauften Liegenschaften noch jahrelang im Budget belasten, während der Effekt der Verkäufe hin zur GBG doch ein sehr kurzlebiger ist, nämlich nur ein Jahr lang lebt, also nur so lange, wie die Lücke geschlossen wird. Und da schleicht sich natürlich einiges Unbehagen ein und da muss ich jetzt parteipolitisch werden, denn wenn jetzt gerade heuer zufällig und vielleicht gar nicht ganz zufällig ein Jahr vor dem Wahlkampf, dem nächsten Gemeinderatswahlkampf, der ja vor der Tür steht, alles so schön dargestellt wird und du hast gesagt, Zahlen ins rechte Licht rücken, hast du heute gesagt, du willst die Zahlen ins rechte Licht rücken. Und das scheint auch so, das ist der Eindruck, der entsteht. Die mittelfristige Wirkung von der Eckwertbudgetierung ist noch nicht geklärt, der Geldregen, der warme vom Land und Bund ist weit und breit nicht in Sicht, das Budgetsanierungsinstrument Vermögenstransfers ist ausgeschöpft und wie schaut es dann nach dem Jahr 2008 aus? Momentan schaut es gut aus und wir haben die Sorge, dass schon ein bisschen zu viele Tricks angewendet wurden, um eben schnell auf ein gutes Ergebnis zu kommen und deswegen fragen wir uns, und das wird naheliegend sein, die SPÖ hat einen Wahlkampfenner im nächsten Wahlkampf, nämlich die Sanierung des Stadthaushaltes und im Jahr 2008, spätestens im Jahr 2009 befürchten wir, kommt das große Jammern wieder und im Sinne der Stadt Graz wünschen wir uns natürlich etwas anderes, im Sinne der Stadt Graz wünschen wir uns, dass es aufgeht, aber wir sind derzeit bewusst und kritisch, skeptisch.

Kurz zur außerordentlichen Gebarung, da bahnt sich offenbar eine Schwerpunktsetzung und sogar eine mittelfristige strategische Festplanung an. Das macht Hoffnung, dass mindest die einzelnen Ressortmitglieder doch noch sich Ziele setzen können. Wir erwarten uns jedoch eine Abstimmung über die Ressorts hinweg und das ist aber noch nicht zu erkennen und das wäre es eigentlich, was eine gemeinsame Konsolidierung und Budgetpolitik und auch Politik im Sinne der Stadt ausmachen würde. Aber das sehen wir noch nicht. Wie gesagt, das ist einmal das Budget in Zahlen sowie eine Sache, die uns interessiert, aber natürlich interessiert und auch noch die Politik, die tatsächlich gemacht wird. Wir sehen auch keinen Stillstand in dieser Stadt, wie der Herr Kollege Frölich sagt, dass wir es immer wieder behaupten würden. Wir sehen die Stadt arbeiten, die Stadtregierung arbeiten, aber wir sehen auch manchmal Dinge, die uns den Titel hervorgerufen haben, außergewöhnliche Gebärung 2006, so im Sinne außerordentliche Gebarung, außergewöhnliche Gebärung in der Politik. Am Beispiel für gelungene Schwerpunktsetzung ist zum Beispiel die Finanzierung der Chorolympiade 2008, die sage und schreibe 66.000 Euro ganz schnell lockergemacht wurden und mit der Begründung, das wurde halt schon vorher zugesagt. Da haben wir uns gedacht, dass das wirklich schon zu den Altlasten der städtischen Politik gehört, dass auf Grund von früheren Zusagen dann schnell ein Gemeinderatsbeschluss herbeigeführt werden muss. Wenn man schon bei dem Betrag von 600.000 Euro ist, dann...

Zwischenruf GR. Dr. Piffel-Percevic: Die Frage ist, ob es ein positiver Zweck ist.

GRin. **Rücker:** Aber nicht einmal eingestellt ist es im Budget im vollen Betrag, wir sind einmal neugierig, wie das dann überhaupt finanziert wird und wie man das dann wieder nachbedeckt, wenn dann nicht die ganze Miete durch die Stadthalle, also da gibt es ganz viele offene Geschichten und die Frage ist, ob es ein Schwerpunkt ist, den sich die Stadt momentan leisten muss oder ob es nicht

wesentlichere Dinge gibt, weil 600.000 Euro schaut im Gesamtbudget wenig aus, aber ist dann für einzelne Maßnahmen doch gar nicht wenig Geld.

Werkstatt Graz fällt mir ein, Ideen für Graz. Wir haben von Anfang an für diese Idee auch gekämpft, dass dieses Modell umgesetzt wird und wir haben auch von Anfang an, und das geht wieder in die gleiche Richtung, gesagt, dieses Projekt mit dem Geld macht nur Sinn, wenn es einen gemeinsamen Willen der Stadtregierung gibt und der auch dokumentiert wird. Leider sehen wir momentan, es war heute schon eine Distanzierung vom Herrn Herper da zum Thema Werkstatt...

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Bei der Werkstatt habt ihr mitgestimmt, wir haben nicht mitgestimmt.

GRin. **Rücker:** Ja eben und wir haben damals gesagt, wir finden es nur sinnvoll, wenn ihr alle dahintersteht, ihr in der Stadtregierung, da sind wir nicht drinnen. Und es hat offensichtlich nicht gehalten, wir hoffen trotzdem, dass das Geld nicht in den Sand gesetzt wird, wir werden auch aktiv weiter mitarbeiten aber eben pochen wir doch darauf, dass es ein gemeinsames Projekt sein kann oder kein Projekt sein kann. Da erwarten wir uns mehr Engagement und ganz besonders von allen Mitgliedern des Stadtsenates.

Jetzt komme ich zu einer anderen außergewöhnlichen Gebarung 2006, das ist das Stichwort CPC, als Kontrollausschussvorsitzende kann ich mir das natürlich nicht verkneifen, hier ein paar Worte dazu zu verlieren. Das war ja ein leider sehr trauriges Beispiel für das, wie politische Verantwortung in der Stadtregierung wahrgenommen wird. Letztendlich ist als verantwortlich übergeblieben der von der Stadtregierung, vom zuständigen Stadtrat eingesetzte Geschäftsführer, der ja auch alleine gelassen wurde. Es war schon, und es ist heute noch beschämend, wie einfach es sich in dieser Sache die Politik gemacht hat. Das wurde dann im Kontrollausschuss noch einmal so ein bisschen geschärft, als das ursprünglich recht klare Stellungnahme dann von den zwei Regierungsparteien in halbherzige Version umgemodelt wurde und da würde ich den zwei Parteien beziehungsweise den RepräsentantInnen der

ÖVP und der SPÖ im Kontrollausschuss schon einmal nahe legen, dass sie sich über ihre Rolle im Kontrollausschuss klarer werden, weil manchmal habe ich den Eindruck, da geht es wirklich nur darum, sich schützend vor die Stadtregierung zu stellen und nicht in die Kontrollfunktion zu gehen, also das möchte ich einmal als Botschaft da herinnen ganz deutlich mitteilen, das ist eine andere Rolle. Die mangelnde Verantwortung im Umgang mit öffentlichem Geld und deswegen gehört die CPC-Geschichte auch zu einer Budgetdebatte und wie mit den stadt eigenen Gesellschaften bisher umgegangen wurde, das ist sehr deutlich aufgezeigt worden. Wenn ich etwas hoffen kann, dann ist es das, dass man wenigstens strukturell was daraus gelernt haben und dass sich im Bereich des Controllings da schon die Maßnahmen dann irgendwann einmal als wirkungsvoll erweisen. Aber als politisches Desaster wird es hängen bleiben, auch den handelnden Personen, das muss ich ganz klar sagen.

Da muss ich noch ganz kurz was sagen zu einer Eintagsfliege, die hoffentlich eine Eintagsfliege bleibt, aber die mir bis heute ein Rätsel ist, das ist die von immerhin drei Herren der Stadtregierung präsentierte Stiege auf den Plabutsch. Vielleicht kann es mir irgendwann einmal irgendwer erklären, mir bis heute nicht und vor allem, weil es ja auch wieder nicht um wenig Geld ginge. Soweit zu den besonderen Vorkommnissen, die mir so in der Schnelligkeit eingefallen sind.

Ich möchte jetzt aber noch einmal auf die Inhalte, die uns wesentlich sind, natürlich kurz eingehen. Es ist evident, dass bei einer Konsolidierung, wo es einfach nur darum geht, möglichst ausgeglichene Haushaltspositionen zu erreichen, zu erzielen ein bisschen schwierig wird, die eigentlichen Bedürfnisse einer heutigen Stadt im Auge zu behalten und da komme ich natürlich unweigerlich zum Bereich, für den die Stadt über ihre Grenzen hinweg inzwischen gelobt wird, nämlich zum Bereich Gender Mainstreaming, die in dieser Stadt sehr groß geschrieben wird und das unterschreibe ich auch, dass sie hier groß geschrieben wird. Es ist war, dass es auch dauert, sie zu implementieren diese Strategie und es ist auch wahr, dass es dauert, dass alle Politikfelder damit durchdrungen werden und man sieht und man kann sehen, dass in der Stadt vielfältig und engagiert versucht wird und auch angesetzt wird, ganz konkret. Aber, was ich schon öfter eingefordert habe und was bis heute überhaupt nicht beantwortet wurde und was eigentlich die Frage ist, es geht ja nicht nur darum, wie zukünftige Politik und wie Organisationen neu organisiert werden im

Sinne von Gender Mainstreaming, sondern es geht auch darum, wie politische Strategien wirken. Und eine politische Mainstream-Strategie in dieser Stadt ist derzeit der Sporn und wie das sich auswirkt auf Frauen und Männer, das ist bis jetzt noch zu wenig diskutiert worden und da sieht man aber durchaus Auswirkungen. Wir haben heute auch den Dienstpostenplan auf dem Tablett, und die Verringerung zum Beispiel der Arbeitszeit in den schlechter bezahlten Bereichen trifft fast hundertprozentig die Frauen, das ist eine ganz eine klare Auswirkung von einem Sparkurs, der die Bediensteten der Stadt und vor allem die Frauen trifft. Kürzungen beim Personal treffen auch Frauen, was in Bezug auf ihre Aufstiegschancen, weniger Chancen weiterzukommen, weniger Möglichkeiten sich weiterzuentwickeln. Dann was wir auch lange gefordert haben, wo überhaupt nichts weitergeht, ist, dass zum Beispiel in den ausgelagerten, vorgelagerten Bereichen, die immerhin inzwischen genauso viel Personal betreffen wie das Personal in der Stadt, null Rede ist von Frauenförderungsplänen geschweige denn Quoten oder was immer. Wir sehen ja auch, dass die Aufsichtsräte weiterhin munter einseitig besetzt werden, also dass dort eine ausgewogenere Situation hergestellt wird, ist nicht in Sicht, das ist aber wichtig, das ist nicht nur die Frage, wer hat ein Rockerl an oder wer nicht, das ist nicht diese Frage, es ist die Frage, wie dann Entscheidungen getroffen und aus welchem Blickwinkel werden sie getroffen und auf was wird hingeschaut und bitte sehr, wenn die Hälfte der Stadt schon außerhalb der Stadt in den eigenen Gesellschaften stattfindet, dann muss das dort auch passieren. Und sogar, wo ich immer behauptet habe, der Gemeinderat in Graz ist ja eigentlich relativ weit mit der Quote, da tut sich die Quote da herinnen schon ein bisschen schwer, weil jedes Mal wenn eine Frau da hinaus gegangen ist in der letzten Zeit, ist sie durch einen Mann ersetzt worden, das heißt, auch der Gemeinderat hat im Verhältnis zum Einstieg leider immer weniger Frauen da herinnen als Gemeinderätinnen, das fällt mir einfach auf, das muss ich einmal hier sagen. Und dazu muss man noch einmal was sagen, eine engagierte Frauenstadträtin in der Stadtregierung alleine ist zu wenig, wir werden auch heute bewusst zwei Budgets zustimmen, wir werden dem Gesamthaushalt nicht zustimmen, aber zwei Budgets bewusst zustimmen, das eine ist das Budget der Tatjana, das andere ist das von der Wilfriede, weil wir in beiden Bereichen wichtige Arbeit, wichtige Schwerpunktsetzungen sehen und weil wir auch ganz bewusst unterstützen wollen, dass zum Beispiel mit der Tatjana eine Kämpferin sitzt, die sich gegenüber dem Mainstream immer wieder versucht durchzusetzen und

dafür auch massiv geprügelt wird, muss man einmal sagen (*Applaus SPÖ*). Und warum es so wichtig ist, die Chancengleichheit als Thema zu haben im Bereich Budget, muss ich auch noch einmal sagen. Nur wenn Frauen gleiche Möglichkeiten, gleiche Chancen und gleiche Rechte haben, wenn sie selbständig ihr eigenständiges Einkommen haben, dann kosten sie weniger, weil dann gehen sie mit dem Geld einkaufen, sie zahlen ihre Steuern, sie zahlen ihre Sozialversicherungsabgaben, dann sind sie in dieser Stadt ein Einnahmefaktor, wenn man es schon so wirtschaftspolitisch betrachtet, und das macht Sinn. Das heißt, jede Investition in die Richtung, dass mehr Gleichstellung passiert, macht Sinn und deswegen müssen wir auch schauen, wenn wir sparen, wen trifft es, und wenn wir sparen, dann trifft es die Frauen mehr als die Männer, das können wir ganz sicher so behaupten und deswegen muss da ganz viel stärker darauf hingeschaut werden.

Wo die wirklichen Probleme also angesiedelt sind, das ist so ein Thema, aber sonst merken wir auch in anderen Bereichen eine ziemlich große Halbherzigkeit, mangelnde Kooperationsbereitschaft, das möchte ich noch einmal groß schreiben und diese Orientierung am vorgeblichen Sachzwang, die tut mir insgesamt in der Politik inzwischen schon verdammt weh, weil sie irgendwie politische Handlungsunfähigkeit immer wieder von sich aus behauptet, wo sie meiner Meinung nach immer noch größer ist als zugegeben wird. In diesem Zusammenhang ist es ja auch interessant, da haben wir ja die Liste gehabt und der Charly Herper hat noch einmal darauf hingewiesen, dass es ja Schwerpunktsetzungen gibt, was in diesem Jahr oder im nächsten Jahr stattfinden soll, Reform des ÖPNV, Fixierung Demokratiepaket, Krankenversicherung, Neuorganisation des städtischen Facility-Managements, liest man die Regierungsvereinbarung von euch, liest man das auch alles schon vor vier Jahren bald. Warum ist es notwendig bestimmte Schwerpunkte, von denen alle immer behaupten und da behaupten das nämlich alle herinnen, die so wichtig sind, immer wieder neu zu formulieren und nicht endlich auch als umgesetzt nachweisen zu können und deswegen schlage ich vor für den nächsten Rechnungsabschluss, dass wir uns nicht nur damit beschäftigen, wie sind die Zahlen, sondern welche Versprechungen, welche begleitenden Maßnahmen wurden angekündigt und wie wurden die auch umgesetzt. Also ich nehme es mir zumindest für den Kontrollausschuss mit, da auch einen Schwerpunkt darauf zusetzen, weil diese Ankündigungspolitik ist eben noch keine Umsetzungspolitik und was wir sehr

starken merken, ankündigen tun alle für sich alleine und umsetzen tun sie es, wenn überhaupt, dann auch nur für sich alleine, also gemeinsam ist überhaupt nicht.

Wenn wir Grüne mitentscheiden würden, was die Schwerpunkte in dieser Stadt sind und vor allem für welche Schwerpunkte eben so eine Zusammenarbeit so wesentlich ist, dann sind es einmal drei Schwerpunkte, die ich da jetzt einmal bringen werde, der erste Schwerpunkt wird niemanden überraschen, weil ich denke, da sind wir uns sogar auch alle einig, das ist das Thema Verkehr und da erwarten wir uns neben den paar Metern Schiene, die sehr teuer, aber doch gebaut werden, eine echte Offensive und zwar im Sinne von den Nutzern und Nutzerinnen, nämlich von ganz spezifischen Gruppen, nämlich denen, die den öffentlichen Verkehr verwenden, weil sie das nämlich tun und damit auch in dieser Stadt zu was beitragen, ganz aktiv. Dann hin zu den Fußgängerinnen und Fußgängern zu schauen, besonders zu den Kindern, die durch unsere Stadt unterwegs sind, das muss uns doch bitte sehr ein größeres Anliegen sein, als es bisher ist. Wenn wir wollen, dass die Leute mit den Kindern in der Stadt leben, dann müssen sich die Kinder hier auch bewegen können, ohne dass es für sie ein Lebensrisiko und noch dazu eine gesundheitliche Belastung ist (*Applaus SPÖ*) und selber eine leidenschaftliche Radfahrerin kann ich natürlich die RadfahrerInnen nicht vergessen, auch hier muss mehr passieren, wir sehen dass das in anderen Städten funktioniert, es passiert was, es ist auch einiges an Geld vorgesehen, aber bitte möchte ich gerne noch mehr davon sehen. Und da geht es nicht nur unter Anführungszeichen um „Lebensqualität“ in der Stadt, da geht es nämlich dann um Standortfaktor und da geht es um Wettbewerbsfähigkeit, denn eine Stadt die tot ist, weil zu viele Autos diese Stadt verstinken, zu viel Platz verbrauchen und zu riskant sind, für die Menschen, die hier leben, dann ist es für den Wirtschaftsstandort ein nachhaltiger Schaden und es ist die umgekehrte Argumentation zu der Frage, ob jetzt jedes Geschäft 100 Parkplätze braucht, wo die Leute direkt in das Geschäft hineinfahren, also diese Diskussion möchte ich endlich nicht mehr führen. Und dazu gehört aber auch nicht nur die Zusammenarbeit innerhalb der Stadt, sondern eben auch, wie du es auch schon gesagt hast, und wie wir auch schon ewig lang predigen, eine regionale Zusammenarbeit, man kann einen Raum Graz verkehrspolitisch nur als Großraum anschauen und nicht an den Stadtgrenzen aufhören. Und dazu fehlt uns immer noch das klare Signal und der klare Beweis dafür, dass in diese Richtung auch von der Stadt was unternommen wird. Es wird auch nur angekündigt regionale Verbesserungen, regionalpolitische

neue Strukturen. Und die Stadt selbst ist aufgefordert, verhandeln, fordern und hartnäckig sein. In den Transferbeziehungen mit dem Land wird die Stadt nach wie vor übervorteilt, da haben ja auch wieder diese Studie von Bauer, Prötal usw. zum Thema Transferbeziehungen nachgewiesen, da sind wir NettozahlerInnen, das muss endlich aufhören und es muss auch auf den Tisch und ganz deutlich eingefordert werden. Und da seid ihr innerhalb der Fraktionen auch gut beraten, stärker miteinander zu reden. Ohne Stadt ist kein Land zu machen, das muss dem Land auch endlich klar sein, aber das muss die Stadt davor signalisieren. Und der nächste Finanzausgleich, der gehört jetzt und intensiv vorbereitet. Die Daten und Studien, es gibt massig, und wer sich damit beschäftigen will, der kann sich eine ganze Woche zurückziehen und hat es sicherlich nicht fad, aber der politische Druck ist noch zu gering und eine neue Regierung muss da von Anfang an in die Pflicht genommen werden und das ist Aufgabe der Stadtregierung, sich da gemeinsam dahinterzustellen.

Dann komme ich zum nächsten Bereich, die Zukunftsanforderung an ein gutes Zusammenleben in der Stadt, es geht um den sozialen Zusammenhalt und um den Anforderungen in der Zukunft besser gerecht zu werden, ist hier und es ist, denke ich mir, schon eine Herausforderung, eine Verzahnung von mindestens drei Politikfeldern höchst angebracht. Es ist die Sozial-, Wohnungs- und Integrationspolitik. Diese drei Bereiche, die momentan von drei verschiedenen Ressorts abgedeckt werden und leider deswegen mehr in Konkurrenz als in Ergänzung miteinander abgewickelt werden müssen, damit ein besseres solidarischeres und auch im Sinne der neuen Zusammensetzung unserer Bevölkerung konfliktfreies Zusammenleben möglich ist, viel stärker zusammenarbeiten. Zweiter Bereich in dem Fall ist strukturell, Finanzierungsstrukturen im Bereich alte Menschen, wenn es für die Stadt lukrativer ist, in die teureren Heime zu investieren als in die Betreuungsdienste für alte Menschen, dann ist da was falsch und da muss auch da verhandelt werden, dass nicht mit, da geht es um den Sozialhilfeausgleich, dass nicht letztendlich vielmehr Geld zurückkommt vom Land, wenn man in ein teures Heim investiert, als wenn man in soziale mobile Dienste investiert. Da ist eine neue Finanzierungsstruktur angesagt und da würde ich es sinnvoll finden, wenn die Stadt sich auf die Hinterfüße stellt. Und dann komme ich zu einem Bereich, den der Charly Herper auch schon angesprochen hat, heute merke ich, treffen wir uns in ein paar Punkten doch sehr. Da geht es um

Energiewende und Klimaschutz. Ich war vor kurzem bei einer Tagung zum Thema Klimaschutz in den Städten Barcelona, war natürlich ein schöner Aufenthalt, aber eben vor allem deswegen so schön, weil es so gut und deutlich sichtbar wurde, was alles möglich ist bei einer echten städtischen Ökologieoffensive, nämlich nicht nur in Bezug auf eine Verbesserung der ökologischen Situation, sondern eben in Bezug auf Motor im Bereich Wirtschaft, Arbeitsplätze, neue Geschäftsfelder, die einer Stadt, gerade in der Steiermark, in der Steiermark, wo rundherum doch sehr viel neue Technologie entwickelt wird, ein guter neuer Weg sein könnte. Ich muss es nicht auflisten, es gibt ein kommunales Energiekonzept, das da herinnen schon lange nicht mehr Thema war, aber da stehen Dinge drinnen, ich habe es mir wieder neu angeschaut, die man teilweise noch einmal abschreiben könnte und genauso in die Schwerpunktsetzung nehmen könnte und das steht an. Es steht an die Umrüstung auf Solarenergie bei der Warmwasseraufbereitung, es steht an, dass in der Wasserwirtschaft anders umgegangen wird mit dem Gut Wasser. Bei der thermischen Sanierung der Bauten wissen wir, dass es längerfristig erstens sehr viele Arbeitsplätze schafft, dass es sehr viele Investitionen bringt und dass es aber längerfristig eben auch Ressourcen und Kosten spart. Das ist nicht nur ökologisch eben dringend notwendig, sondern bringt Investitionsschübe und Entwicklung und, und das ist auch so ein Punkt, die Geschäftsfelderweiterung der Stadtwerke, die ja immer wieder Thema sind und immer wieder auf der Suche sind nach neuen Geschäftsfeldern, die Chance in diesem Bereich neue Geschäftsfelder aufzutun, wäre gerade was für eine gute neue Zielrichtung bei den Stadtwerken und da muss natürlich aber die Stadt, eben weil die Stadtwerke der Stadt gehören, die Weichen stellen. Also diese Diskussion werden wir auch in Zukunft verstärkt einfordern. Ich komme zum Ende, nachdem da herinnen schon die Unruhe steigt und ich ja noch einen Nachredner habe, dem ja auch noch gelauscht werden soll.

Zwischenruf GR. Khull-Kholwald: Zwei.

GRin. **Rücker:** Zwei, Entschuldigung Martin, natürlich zwei, erst recht werde ich jetzt zum Ende kommen aus Fairnessgründen. Ich habe eh alles gesagt, ich habe unsere Kritik angebracht, es ist der Grund, warum wir dem Gesamthaushalt auch diesmal

nicht zustimmen werden, mit eben zwei Ausnahmen. Wir wünschen uns aber vom Christkind, auch wenn wir nicht daran glauben, wünschen wir uns vom Christkind, dass in dieser Stadt endlich der Wille zum Handeln und vor allem zur Zusammenarbeit und zu einer stärkeren Zukunftsorientierung spürbar wird und in diesem Sinne ist mit uns Grünen auch weiterhin konstruktiv, aber kritisch zu rechnen. Danke.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Sehr geehrte Damen und Herren! Das Christkind hat mir jetzt soeben geflüstert, dass wir die Mittagspause machen werden, sodass der Gemeinderat bis 14.30 Uhr unterbrochen wird und dann gibt es die Generalreden von Herrn Gemeinderat Lozinsek für die FPÖ und von Herrn Gemeinderat Khull-Kholwald noch.

Unterbrechung des Gemeinderates von 12.45 bis 14.40 Uhr.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 14.40 Uhr den Vorsitz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf die Klubobleute noch einmal ersuchen, dass sie die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte in den Gemeinderatssaal beordern. Bevor wir zum Herrn Gemeinderat Lozinsek kommen, möchte ich, wie alljährlich, namens des ÖVP-Clubs allen Mitgliedern des Gemeinderates und der Stadtregierung nach der Mittagspause das Apfelsackerl zur Verfügung stellen, also zum Geschenk machen. Die Idee geht auf den verstorbenen Gemeinderat außer Dienst Peter Fauster zurück, bedanke mich auch beim Herrn Ing. Linhart, der in unserer Abteilung für Wirtschaftsangelegenheiten arbeitet und die Äpfel hergebracht hat und beim Bauernbund, lieber Rudi Trummer, der du dich immer drum kümmerst, ein Dankeschön (*allgemeiner Applaus*). Kleiner Vitaminstoß noch vor Weihnachten

F P Ö

GR. Alexander L O Z I N S E K

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Stadtrat Riedler hat uns in seinen einführenden Worten zum Budget auffallende Veränderungen präsentiert, die sich im Wesentlichen darin gezeigt haben, dass das Deckblatt des Budgets neu ist, ich möchte sogar weiter gehen, es scheint nicht nur eine auffallende, sondern eine wesentliche, wenn nicht sogar die einzige wesentliche Veränderung des Budgets zu sein. Ich möchte mit einem Zitat beginnen, ich möchte nämlich Stadtrat Riedler aus der letzten Finanz- und Voranschlagssitzung zitieren, wo er gemeint hat, wer das Budget zu schön darstellt, den wird der Teufel holen. Seitdem habe ich ernst Sorge um unseren Finanzstadtrat, wir haben heute schon debattiert, woran man glauben soll oder nicht, sollte man an den Teufel glauben,...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: An das Christkind.

GR. **Lozinsek**: Ach, nur an das Christkind, gut...

Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick: Wir werden sehen, ob der Wolfgang Riedler noch da bleibt.

GR. **Lozinsek**: Sehr geehrte Damen und Herren! Uns liegt ja mittlerweile das fünfte und für diese Gemeinderatsperiode letzte ordentliche Budget von Stadtrat Dr.

Wolfgang Riedler zur Beschlussfassung vor und das Ende einer Periode gibt natürlich auch immer wieder Anlass, Bilanz zu ziehen und auch die Arbeit der letzten Jahre des politisch Verantwortlichen etwas genauer zu betrachten. Die Startbedingungen für Stadtrat Riedler waren denkbar schwierig, galt es doch in den folgenden Jahren den maroden Haushalt zu sanieren und den Handlungsspielraum der Stadtgemeinde Graz aufrecht zu erhalten. Was ist nun so alles geschehen in den letzten vier Jahren Finanzpolitik in unserer Stadt? Ich stehe zunächst nicht an, Geleistetes in den letzten Jahren auch entsprechend zu würdigen, vor allem die sicherlich längst überfällige Modernisierung im Finanzwesen unserer Stadt sei hier nicht unerwähnt. Stichworte wie Eckwertbudget, mittelfristige Finanzplanung, das Durchbrechen der Jährlichkeit des kameranalen Budgets etc. seien hier beispielhaft aufgezählt und sind meiner Meinung nach durchaus geeignete Mittel, die Finanzsituation in unserer Stadt zu verbessern. Sie zeigen darüber hinaus auch auf, dass Stadtrat Riedler nicht nur das Deckblatt geändert hat, sondern in den letzten Jahren nicht untätig war und seiner Verantwortung als oberster Säckelwart zumindest teilweise nachgekommen ist. Auch zeigt es, dass wir stolz auf unsere Beamten der Finanzdirektion sein können, die alle, die immer wieder über angebliche lahmendes und verstaubtes Beamtentum wehklagen, Lügen strafen. Modernes Management und Verwaltung müssen kein Widerspruch sein, wie uns Kamper und Co eindrucksvoll bewiesen haben. An dieser Stelle wäre Applaus angebracht (*allgemeiner Applaus*).

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aber nicht nur neue Wege in der Finanzpolitik der Stadt Graz wurden und werden beschritten, auch altbekannte, ich nenne sie Tricks, werden nach wie vor zur Budgetkosmetik eingesetzt. Ich spreche da nicht nur von den Leasingfinanzierungen der vergangenen Jahre, um maastrichtkonform zu sein oder von den Liegenschaftsverkäufen bis hin zum Rathausverkauf, um über Umwege zu Barmittel zu kommen, ich spreche vor allem von enormen Differenzen zwischen bestellten und letztendlich bezahlten Leistungen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, verstehen Sie mich nicht falsch, ich habe nichts grundsätzlich gegen Tricks in der Finanzpolitik, sofern sie natürlich im Rahmen der Gesetze gemacht werden, jeder von uns, der einen Steuerberater bemüht, erwartet selbstverständlich von diesem, dass er sämtliche Tricks anwendet, um so steuersparend wie möglich den Steuerausgleich oder die Bilanz zu erstellen. So gesehen ist es nur recht und billig, wenn auch die Stadt Graz sich sogenannter Tricks

bedient, um sich entsprechende Vorteile zu verschaffen. Ich erwarte mir darüber hinaus aber auch von meinem Steuer- und Finanzberater, dass er mir reinen Wein einschenkt und mir auch die Wahrheit, die hinter den nackten Zahlen steht, mitteilt und auch nur jene Tricks einsetzt, die mir auch langfristig nicht zum Nachteil reichen. Nun wird in unserer Stadt zwar munter getrickst, mit der Wahrheit und mit der längerfristigen und vorausschauenden Finanzpolitik wird es jedoch schon nicht mehr ganz so genau genommen. Wie sonst lässt es sich erklären, dass die Stadt Graz zum Beispiel Leistungen bei den stadt eigenen Wirtschaftsbetrieben für das kommende Jahre in der Höhe von 47 Millionen Euro bestellt, aber lediglich Ausgaben von budgetwirksamen 38 Millionen Euro dafür veranschlagt. Wie eine Kollegin im zuständigen Ausschuss der Wirtschaftsbetriebe bereits im Vorjahr zu diesem Trick dazu treffend bemerkte, handelt es sich dabei um eine reine Mogelpackung mit dem bitteren Beigeschmack, sich selbst zu beschummeln. Ein Trick also, um sich auszutricksen, klingt genial, ist es aber nicht. Eine Budgetpolitik, die sich selbst ein Ei nach dem anderen legt, birgt natürlich für die Zukunft die Gefahr in sich, dass man nicht mit allem zufrieden sein wird können, was da so nach und nach aus diesen Überraschungseiern schlüpfen wird. Natürlich, meine Damen und Herren, bleibt eine Differenz von neun Millionen Euro den stadt eigenen Wirtschaftsbetrieben als Betriebsabgang übrig und sind durch Darlehensaufnahmen entsprechend zu finanzieren. Und jetzt frage ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, wer außer dem Grazer Steuerzahler zahlt letztendlich diese neuen Schulden? Das kann doch nicht die zukunftsweisende Finanzpolitik unserer Stadt sein, Schulden einfach an stadt eigene Betriebe auszulagern und damit ein geschöntes Zahlenwerk der Öffentlichkeit zu präsentieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Unternehmer ist man sehr oft geneigt anzunehmen, dass Sozialdemokratie und vernünftige Finanzpolitik ein Widerspruch in sich sind. Und wenn ich mir so die Budgetschwerpunkt der Stadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl ansehe, die zugegebenermaßen dankenswerterweise eine der wenigen Regierungsmitglieder war, die eine entsprechende Unterlage auch rechtzeitig zur Verfügung gestellt hat, aber wenn ich es mir so anschau, da wird diese Annahme nicht gerade entkräftet. Trotz finanziellen Notstandes der Stadt Graz überschreitet unsere Stadträtin völlig ungeniert die Zielvorgaben und präsentiert sich erneut als Projektkaiserin dieser Regierung. Den endgültigen Beweis dafür, dass sie jegliche Sensibilität in Fragen des Einsatzes von Steuergeld vermissen lässt, liefert sie mit dem Vorschlag, die

Punks um fast eine halbe Million Euro Steuergeld wohnzuversorgen. Da hilft es offensichtlich auch nicht, wenn Vizebürgermeister Ferk und Finanzstadtrat Riedler in jüngster Zeit gerne das Verursacherprinzip bei Gebührenerhöhungen beziehungsweise Einführungen diverser Gebühren und Entgelte ins Treffen führen. Ich bin schon auf die nächste Punkdebatte in diesem Haus gespannt, wenn es die Frage zu beantworten gilt, welche Kosten verursacht eine kleine Gruppe von Personen, und nach welchem Prinzip soll bei der Kostentragung hier vorgegangen werden? Nach dem Solidaritätsprinzip oder dem Verursacherprinzip?

Sehr geehrte Damen und Herren! Bilanz über die Arbeit eines Politikers zu ziehen, bedeutet natürlich auch Versprochenes und Eingehaltenes gegenüberzustellen. Ich konnte beim Studium der Budgetreden Stadtrat Riedlers der vergangenen Jahre keine wirklich große Versprechen finden, es fällt dabei nahezu signifikant auf, dass er jegliches Versprechen, das Budget zu sanieren, tunlichst unterlässt, um lediglich immer wieder zu beteuern, sich zu bemühen und sein Bestes zu geben. Nun wer tut das nicht und ist das Beste zu tun, auch gut genug? Was allerdings alljährlich bei den Budgetaussagen unseres Finanzstadtrates wiederholt und nahezu gebetsmühlenartig von ihm vorgetragen und beklagt wird, ist die durchaus unbestrittene Tatsache der ungerechten Finanzmittelaufteilung durch Bund und Land gegenüber der Stadt Graz. Nun gehört es sicherlich zu den Aufgaben eines jeden Finanzverantwortlichen, auf solch einen Umstand regelmäßig hinzuweisen, diesen Umstand aber als sogenannte normative Kraft des Faktischen einfach hinzunehmen und zu akzeptieren und daher bei budgetkosmetischen Maßnahmen bewenden zu lassen, in der Hoffnung etwaige Wahlen auf Landes- und/oder auf Bundesebene, sowohl Riedler als auch Herper haben das schon angesprochen, würden durch entsprechende Machtverschiebungen diesbezüglich Änderungen beziehungsweise mehr Gerechtigkeit herbeiführen, ist nicht nur naiv, sondern meiner Meinung nach auch fahrlässig. Was hat sich denn seit der letzten Wahl auf Landesebene so alles zum Positiven für unsere Stadt verändert, meine Damen und Herren, werden wir, nachdem Rote mit Schwarzen die Rollen getauscht haben, durch das Land jetzt finanziell besser gestellt und gerechter bedient? Ich darf in Erinnerung rufen, unser ehemaliger Gemeinderatskollege und jetziger Finanzlandesrat Christian Buchmann, den ich persönlich sehr schätze, hat in diesem Haus mehrmals diese Ungerechtigkeit der Mittelaufteilung durch das Land kritisiert, jetzt wo er sozusagen die Seiten gewechselt hat, will er davon offensichtlich nichts mehr wissen oder vertritt er nun

den Standpunkt, dass es sich nunmehr um kein Unrecht mehr handelt? Es sei ihm an dieser Stelle ausgerichtet, lieber Christian, Unrecht bleibt Unrecht, auch wenn man die Position von Unrechtsempfänger zum Unrechtsgeber wechselt. Und auch anfänglich vollmundige Ankündigungen an diverse sozialdemokratischer Landesräte, ich denke zu allererst an Landesrat Wegscheider, auf die Stadt Graz nicht zu vergessen, haben sich seit dem Finanzierungstheater um das Bad Eggenberg und dem Union-Bad schnell relativiert. Und auch dem Landeshauptmann Voves ist ebenso wie seinem Vorgänger offensichtlich wichtiger, jeden Dorfplatz in der Steiermark zu vergolden, als der Landeshauptstadt Graz gegenüber Fairness walten zu lassen.

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Rot-Gold nicht Schwarz-Gold.

GR. **Lozinsek:** Aber wir werden bald, so Rot-Schwarz will, einen Bundeskanzler Gusenbauer haben und wenn man den Teufel schon vollends an die Wand malen möchte, auch einen Finanzminister Matzeneder. Darauf zu hoffen, dass dadurch unsere Position in Wien besser wird, mag zwar legitim sein, die Budgetpolitik darauf aufzubauen, erinnert aber eher an das Krankheitsbild der Spielsucht. Man hofft auf den großen und alles entscheidenden Gewinn und steht letztendlich mit leeren Taschen und hohen Schulden da. Dabei haben Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat Riedler, im Rahmen der Budgetdebatte für den Voranschlag 2005 selbst gesagt und ich zitiere: „Wir sollten uns nicht ausschließlich darauf verlassen, dass uns von außen geholfen wird, die Vergangenheit lehrt uns, dass diese Erwartungen, selbst wenn sie sehr vorsichtig dimensioniert waren und in vielen Fällen überzogen waren und wir wieder darauf zurückgeworfen waren, unsere Probleme, die uns auch von außen herangetragen wurden, selbst zu lösen“, Zitat Ende. Nun wie sieht das mit der Lösungskompetenz, mit der eigenen Lösungskompetenz unserer derzeitigen Stadtregierung aus? Finanzstadtrat Riedler spricht im Zusammenhang mit seinen Budgetmaßnahmen durchaus gerne von einer Revolution. Aber bedeutet Revolution, meine Damen und Herren, nicht auch mit Tabus zu brechen und endlich auch

Notwendiges, wenn auch Unpopuläres umzusetzen? Ich denke da zum Beispiel an eine Form der Aufgabenkritik, wie sie schon seit Jahren in diesem Haus gefordert wird, von den verantwortlichen Stadtregierern, jedoch immer wieder auf die lange Bank geschoben wurde. Ich spreche nicht von der Aufgabenkritik der Ämter, die durchaus positive Effekte erzielte, sondern ich spreche von der Aufgabenkritik der Politik. Wann definiert die Politik in diesem Haus endlich einmal, welche Leistungen nebst den Pflichtleistungen zu den Kernaufgaben einer Stadtregierung, Stadtgemeinde wie Graz gehören und welche nicht? Welche Aufgaben wollen dir darüber hinaus erfüllen und vor allem, welche können wir uns leisten? Die Erstellung eines entsprechenden Leistungskatalogs, meine Damen und Herren, mit der dazugehörigen Priorisierung, von der man nach Maßgabe der finanziellen Mittel von unten nach oben dann zu streichen beginnt, wäre meiner Meinung nach dringend durchzuführen und nur dann wäre auch gewährleistet, dass die Stadt Graz in Zukunft Leistungen erbringt und bestellt, die sie sich auch tatsächlich leisten kann. Allein bei den Wirtschaftsbetrieben würde man sich dann die Diskrepanz zwischen Besteltem und Leistbarem ersparen. Solch eine Maßnahme verlangt allerdings eine gehörige Portion politischen Mumm und den entsprechenden visionären Ansatz. Beides vermisse ich allerdings in allen Budgets der letzten vier Jahre, die Ankündigung, zumindest einmal in kleinem und bescheidenem Rahmen bei den Grazer Stadtwerken mit der Erstellung eines solchen Leistungskatalogs zu beginnen, höre ich wohl, allein im Hinblick auf die bevorstehenden Grazer Gemeinderatswahlen fehlt mir der Glaube.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist immer schwer, die Arbeit eines Stadtsenatsreferenten zu beurteilen, was haben seine Experten/innen und Beamten/innen geleistet und eingebracht, welchen Anteil des Erfolges wie auch des Misserfolges kann man dem politischen Referenten/in anrechnen beziehungsweise anlasten? Der Skandal des letzten Jahres um Ökoprotit hat diese Problematik nur allzu deutlich gemacht. Wie bereits erwähnt, hat für mich Riedler seine Aufgaben als oberster Manager der Finanzdirektion durchaus ernst genommen und offensichtlich einen sehr pragmatischen Zugang zur Thematik gewählt, aber die Frage, die sich stellt, ist doch, ob das genug ist oder ob es nicht auch entsprechender Visionen bedarf, beziehungsweise bedurft hätte, um wirklich eine Trendwende herbeizuführen. Ein Spruch sagt, Manager verwalten, echte Führungskräfte gestalten. Das gilt für mich insbesondere für die Politik. Die Nurpragmatiker, die nur Praktika organisieren

und verwalten, sie prägen jedoch keine neuen Entwicklungen. Die Finanzpolitik der letzten Jahre ist geprägt von Pragmatismus, sie lässt darüber hinaus jegliche Vision vermissen. Finanzstadtrat Riedler hält es hier offenbar wie sein Genosse und ehemaliger Bundeskanzler Franz Vranitzky, der einmal sagte und ich darf zitieren: „Wer Visionen hat, braucht einen Arzt.“ Nun wohin uns diese visionslose Politik Vranitzkys und seiner Genossen letztendlich geführt hat, ist mittlerweile hinlänglich bekannt. Meine Damen und Herren! Visionen sind jedoch nicht nur Ziele und Projekte, Visionen im Sinne von Leitvorstellungen als Zukunftsentwürfe braucht es meiner Meinung nach für jedes Handeln. Das Leitbild für eine Stadt ist die Grundlage für eine erfolgreiche Entwicklung. Ohne Vision, ohne Leitbild wirkt Politik letztendlich kraftlos und wird niemals in der Lage sein zu mobilisieren. Das Motto dieser Budgets und dieses Budget letztendlich kann da lauten: visionslos, mutlos, kraftlos.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie sieht also die Bilanz vier Jahre Budgetpolitik Wolfgang Riedler aus? Die Kurve zur Budgetkonsolidierung ist nicht einmal ansatzweise gekratzt, Modernisierungen im Finanzmanagement wurden zwar durchgeführt, allein aber sind sie zu wenig, um aus der derzeitigen Finanzmisere zu führen. Nach wie vor werden Budgets geschönt und Schuldenaufnahmen versteckt. Für eine längst überfällige Aufgabenkritik der Politik fällt offenbar der Mumm, sie wird weiter auf die lange Bank geschoben und zu guter Letzt wird in der Finanzpolitik auf die Hoffnung gebaut, dass uns die übergeordneten Gebietskörperschaften einmal das an Finanzmittel zuteilen, was uns unserer Meinung nach zusteht. Anhand gespannter Budgets sowohl auf Bundes- wie auch auf Landesebene baut man hier wohl auf Sand.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Grazer Freiheitlichen können auf Grund dieser Tatsachen dem Voranschlag 2007 nicht zustimmen. Wir Freiheitlichen hätten uns einen radikalen und mutigen Kurswechsel in der Finanzpolitik erwartet.

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Lozinsek:** Bei dem Budget ist das keine Überraschung, da hast du Recht. Die Chance, aus der Finanzkrise notwendige und längst überfällige Reformen einzuleiten, wurde leider kläglich vertan. Statt dessen belässt man es bei finanztechnischen Modernisierungen und Adaptierungen, lässt jeglichen visionären Ansatz vermissen, trickst so Jahr für Jahr dahin und schiebt den schwarzen Peter übergeordneten Gebietskörperschaften zu.

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Bisher hat der schwarze Peter regiert.

GR. **Lozinsek:** Um aber für die Zukunft ausgeglichene Budgets zu verwirklichen, ohne nachfolgende Generationen mit den Schulden von heute zu belasten, ist mehr erforderlich als Pragmatismus und Trickereien. Starke Zukunftsentwürfe, eben Visionen, für die Budgetpolitik unserer Stadt wären von Nöten. Und ich darf mit den Worten des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Thomas Wilson schließen, der einmal sagte, wer keine Visionen hat, vermag weder große Hoffnungen zu erfüllen, noch große Vorhaben zu verwirklichen. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Ich möchte besondere Gäste auf der Galerie herzlich begrüßen, die Gruppe Politische Bildung vom BORG Monsbergergasse mit Prof. Sametz ist da. Herzlich willkommen.

GR. Martin KHULL - KHOLWALD

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Stadtrat Dr. Riedler!

Ganz zum Eingang möchte ich sagen, ich glaube, ich habe bei der Vorbereitung meines Beitrages einen kleinen Fehler gemacht, ich war, jetzt winke ich mit diesem Teil hier, ganz kurz, ich war offenbar nicht in der Lage, wirklich poetisch zu formulieren, aber es tut mir leid, das kann ich einfach nicht. Dafür habe ich im Laufe der Ausführungen ein, denke ich, recht klassisches Zitat versteckt.

Soweit ich es heute abschließend beurteilen kann, stehe ich hier zum letzten Mal, um einen Kommentar zum Voranschlag der Stadt Graz abzugeben. Im kommenden Jahr werden wir nur mehr ein provisorisches Budget beschließen. Viele von uns, die hier sitzen, werden wohl noch nach 2008 weiter die Verantwortung für die Geschicke unserer Stadt tragen und daher noch in Zukunft über die Frage nachdenken, wie unser Gemeindehaushalt zu gestalten ist. Mein Beitrag wendet sich daher insbesondere an jene von uns, die sich über das Ende dieser Gemeinderatsperiode hinaus Gedanken machen müssen. Mit einer Rückschau auf das in dieser Periode Geleistete, und mit einem Ausblick auf Künftiges werde ich Ihnen, so weit es mir möglich ist, hier zur Seite stehen.

Offensichtlich haben wir in den letzten vier Jahren unsere Stadt noch nicht an die Wand gefahren. Weder Liquiditätsengpässe noch ein Zwangsverweser haben dem Gemeinderat die Handlungskompetenz in Budgetfragen abgenommen. Man muss wohl zugeben, dass sich unser Handlungsspielraum in den letzten Jahren etwas verkleinert hat. Projekte wie das Kulturstadtjahr können wir uns nicht mehr leisten. Ich denke, sagen zu können, dass wir ohne dieses Projekt in manchen Dingen vielleicht sogar besser dran gewesen wären. Das kommende Jahr werden wir aber so oder so auf jeden Fall über die Runden bringen.

Wenn ich mir nun ansehe, von welchen Ressorts ich die Schwerpunkte für das nächste Jahr schriftlich vorgelegt bekam, so habe ich das Gefühl, dass so manches Mitglied der Stadtregierung offensichtlich damit zufrieden ist, einfach über die Runden der Budgetverhandlungen gekommen zu sein. Genau genommen bekam ich

eine schriftliche Information über die Arbeitsprioritäten für 2007 von Frau Stadträtin Elke Kahr und eine ausführliche mündliche Information von unserem Herrn Finanzstadtrat. Den übrigen Stadträten und Stadträtinnen nun zu unterstellen, dass sie mit ihren Verhandlungsergebnissen nicht besonders zufrieden sind, mag zwar ein wenig gewagt sein. Ich tue das jetzt nun einmal, in der Hoffnung, durch die bald folgenden Ausführungen eines Besseren belehrt zu werden.

Das Problem, meine Damen und Herren, siedle ich nämlich nicht bei der Frage an, ob die eine oder die andere Person mit irgendwelchen Verhandlungsergebnissen so weit unzufrieden ist, dass von dieser Personen aus eine schriftliche Bekanntgabe der künftigen Ressortschwerpunkte durchgeführt wurde, sondern dort, wo wir über das Ende dieser Gemeinderatsperiode hinaus denken müssen. Ich gehe nämlich davon aus, dass im Jahr 2007 und somit in diesem Budgetentwurf für unsere Stadt mehr drinnen ist als ein bloßes Über-die-Runden-Kommen.

Ich gehe darüber hinaus davon aus, dass es in der nächsten Zeit nicht mehr ganz so einfach sein wird, mehr zu tun, als über die Runden zu kommen. Das viel umstrittene Instrument der Liegenschaftsverkäufe an unsere Tochtergesellschaft GBG haben wir nun bald ausgereizt. Eine unendliche Geschichte der Kreditfinanzierung von Projekten, die unsere Stadt für die Menschen, die darin leben, attraktiv macht, kann ich mir ebenfalls nicht vorstellen. Somit wird uns wohl eine weitere Etappe auf dem Weg einer Budgetkonsolidierung nicht erspart bleiben.

Die Menschen in unserer Stadt stellen für mich unabhängig vom Wunsch nach Budgetkonsolidierung den Gradmesser für eine erfolgreiche Politik dar. Daher gebe ich Ihnen nun aus der jüngsten Vergangenheit einige Beispiele, um zu zeigen, welche Aktionen, die im Rathaus gesetzt wurden, besonderes Unverständnis hervorgerufen haben. Frei nach einem Satz des deutschen Humanisten Melanchton, der da lautet: „Ist einer eine grobe Sau, qui non delectatur cognitione historiarum“, hoffe ich, dass sie aus diesen Beispielen ihren Nutzen ziehen.

Für die derbe Formulierung des Zitats entschuldige ich mich selbstverständlich. Sie stammt aus dem 16. Jahrhundert!

Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick: Außer Sau, habe ich eh nix verstanden.

GR. **Khull-Kholwald:** Grobe war noch davor. Sehr geehrte Damen und Herren! Ein Mensch, der keinen tieferen Einblick in die strukturellen Probleme der Stadtverwaltung gewonnen hat, kann es sich nicht vorstellen, warum Kleinigkeiten Jahre brauchen, bis wir sie auf die Reihe kriegen. Die meisten von uns können sich erinnern, dass wir etwa für das Projekt Kulturhauptstadt, wenn man die finanzielle Dimension berücksichtigt, nicht gerade besonders lange gebraucht haben, um es auf Schiene zu bringen. Das Projekt der Sanierung des Schöckelbachs zum Beispiel ist mit weit weniger finanziellem Aufwand zu realisieren. Sie alle wissen, dass spätestens seit dem Ende der Gemeinderatsperiode 1998 bis 2003 im Rathaus allgemein bekannt war, dass von diesem Bach für das Zentrum von Andritz eine massive Gefährdung ausgeht. Es gab dann tatsächlich in dieser Periode eine Überschwemmung, die weite Teile von Andritz schwer in Mitleidenschaft gezogen hat. Nun befinden wir uns faktisch am Ende der Gemeinderatsperiode 2003 bis 2008 und das Projekt der Sanierung des Schöckelbachs ist gerade einmal in der Planung so einigermaßen abgeschlossen. Selbst die Grundeinlöseverhandlungen stehen zum Großteil noch aus. Nicht nur aus der Betroffenheit heraus, und meine Damen und Herren, es ist keine Kleinigkeit, wenn Ihnen im Wohnzimmer das Wasser bis zum Tisch steht, nicht aus der Betroffenheit heraus, haben die Menschen in unserer Stadt zu Recht kein Verständnis dafür, dass sie von uns mit ihren Sorgen und Nöten so lange im Regen stehen gelassen wurden.

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Es ist lächerlich so zu tun, also ob da nichts getan worden wäre.

GR. **Khull-Kholwald:** Ein anderes Beispiel, wo es in erster Linie ebenfalls darum geht, dass es nur Unverständnis hervorrufen kann, wenn man dafür Jahre braucht,

ist unser Bürgerbeteiligungsprojekt. Bei der Diskussion um die Revision des Flächenwidmungsplans schien unter den großen Fraktionen in diesem Hause nach langem Hin und Her eine gewisse Einigkeit erzielt worden zu sein, dass man eine bessere Lösung für die direkte Einbindung unserer Bevölkerung finden müsse, als dies bisher üblich war mit diesen sogenannten Informationsveranstaltungen. Der neue Flächenwidmungsplan wurde unter diesen Vorzeichen vom Gemeinderat in der letzten Periode verabschiedet. Größere Änderungen am Stadtentwicklungskonzept wurden seither insbesondere im Zusammenhang mit einem – nach meiner Auffassung im Übrigen völlig entbehrlichen – Tenniskompetenzzentrum durchgeführt. So schnell wie man diese Änderung über die Bühne gebracht hat, so schnell will man nun die nächste Änderung des Stadtentwicklungskonzepts, südöstlich des Hauptbahnhofs, erledigt wissen.

Mit der Bürgerbeteiligung hatten wir es offenbar nicht so eilig. Das Projekt befindet sich am Beginn des letzten Jahres unserer derzeitigen Periode gerade einmal in der Startphase. Daher werden die weiteren Phasen wohl in die Zeit des Gemeinderatswahlkampfes fallen. Allfällige daraus resultierende Umsetzungswünsche von Seiten der Menschen in unserer Stadt werden an einen zukünftigen Gemeinderat delegiert und damit zu Spielbällen, die man sich im Wahlkampf mehr oder weniger lustig hin- und herwerfen kann. Dass das Projekt Bürgerbeteiligung gerade bei diesen Menschen, die ihre Freizeit und ihre Ideen der Stadt über einen langen Zeitraum hindurch unentgeltlich zur Verfügung gestellt haben, nicht als der große Wurf empfunden wird, liegt tatsächlich daran, dass wir uns damit einfach zu viel Zeit gelassen haben.

Aus dem gerade Gesagten ergeben sich für mich folgende zwei konkreten Ratschläge an jene Kolleginnen und Kollegen von uns, die nach 2008 noch immer in diesem Hause die Geschicke unserer Stadt lenken werden: Behalten Sie die Umgangsformen mit den Grazerinnen und Grazern, wie sie in diesem Bürgerbeteiligungsprojekte werden, vor allem für die nächste Revision des nächsten Flächenwidmungsplans bei. Darüber hinaus – eine detaillierte Behandlung dieses Themas können Sie im Protokoll der Budgetsitzung des letzten Jahres nachlesen – rate ich Ihnen: Beziehen Sie die Menschen in das sensible Kapitel Budget mit ein. Ich möchte eigentlich gar nicht fragen, wie viele Menschen, ich meine, ich weiß die

Antwort, weil sie verlautbart wurde, aber eigentlich möchte ich gar nicht danach fragen, wie viele Menschen in diesem Jahr von ihrem Recht genutzt haben, in den Voranschlagsentwurf Einsicht zu nehmen. Meine Damen und Herren, der Herr Dr. Riedler hat das gesagt, das war eine einzige Initiative und sonst niemand.

Eine ganz andere Sache, bei der wir jedoch ebenso schnell handeln sollten, ist unser öffentlicher Personennahverkehr. Nur mit den in dieser Gemeinderatsperiode finanzierten Straßenbahnverlängerungen und der Thematisierung des Umweltproblems Feinstaub haben wir nach meiner Auffassung unsere Hausaufgaben noch nicht gemacht. Eine Verlängerung des Straßenbahnnetzes stellt viel mehr die Kür, denn eine Pflicht dar. Über Luftverschmutzung zu reden, löst diese auch nicht in Luft auf.

So wir unserer Verantwortung den Menschen in unserer Stadt gegenüber, für eine gesunde Umwelt eintreten zu müssen, wirklich nachkommen wollen, so müssen wir darüber nachdenken, wie wir über diese Periode hinaus eine verbesserte Annahme des ÖV-Angebots sicherstellen. Zum einen möchte ich anregen, die Verbindungen in die Umlandgemeinden zu intensivieren. Dies kann und darf durchaus mit einer verstärkten finanziellen Einbindung dieser Gemeinden, deren Bürger immerhin die Vorteile, die unsere Kernstadt Graz ihnen bieten, genießen, geschehen.

Mit einer Verbesserung der Anbindungen alleine wird es bei gleich bleibend hohen Tarifen jedoch nicht getan sein. Was eine 24-Stundenkarte bei uns kostet, das wissen Sie. Daher gebe ich Ihnen nun die Möglichkeit eines internationalen Vergleichs. In der flächenmäßig weit, weit größeren Stadt Hamburg kostet eine Tageskarte für den öffentlichen Verkehr 5,80 Euro. Meine Damen und Herren, mit dieser Karte können Sie nicht nur viel weitere Strecken zurücklegen, sondern Sie können sogar, wenn Sie Lust dazu haben, eine mehrstündige Rundfahrt durch den Elbhafen unternehmen! Selbst in Madrid, die Beispiele sind relativ zufällig gewählt, das gebe ich zu, selbst in Madrid fahren Sie um ungefähr dasselbe Geld wie in Hamburg bis nach Mejorado del Campo, und meine Damen und Herren, das liegt genau dort, wo wir es dem Namen nach vermuten würden, mitten im Nirgendwo. Sie fahren da fast eine Stunde hin.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Wer will dort hin?

GR. **Khull-Kholwald:** Dorthin wollen jene Leute, die sozusagen den Meister des Recyclingbaues kennenlernen wollen, der hat dort eine Kathedrale aus Abfall gebaut, durchaus interessant, sich das anzusehen. Und das liegt genau dort, wo wir es dem Namen nach vermuten würden: Mitten im Nirgendwo!

Da ich Sie jedoch weder zu dieser Kathedrale noch ins Nirgendwo hin entführen möchte, kehre ich nochmals an meinen Ausgangspunkt zurück. Ich wollte Ihnen einige Beispiele der jüngsten Vergangenheit unserer Stadt liefern, um Ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, daraus Ihre Schlüsse zu ziehen, was man in Zukunft besser machen sollte. In den letzten beiden Gemeinderatsperioden war es üblich, dass für die Diskussion und die Beschlussfassung des Voranschlages eine eigene Sitzung vorgesehen war. In den letzten Jahren kam es vermehrt dazu, dass an diesem „Budgetgemeinderat“ mehr und mehr zusätzliche Stücke verhandelt wurden. Den Tiefpunkt dieser Entwicklung haben wir heute erreicht. Der Voranschlag wird an einem Tag verhandelt, an dem uns noch eine komplette Tagesordnung erwartet. Ganz egal wie man zu diesem Budget steht, unbestreitbar bleibt die Tatsache, dass es sich dabei um die in Zahlen gegossene Zukunft unserer Stadt für das kommende Jahr handelt. Von der Handhabung, der Diskussion dieser überaus wichtigen Materie einen eigenen Tag in unserer Arbeit zu widmen, sollten wir in Zukunft nicht weiter abgehen.

Mit der Betonung der Wichtigkeit des Voranschlages geht selbstverständlich der Dank an die mit der Erarbeitung des Entwurfs betraute Beamtenschaft der Finanzdirektion einher. Nicht zuletzt dem Wissen und dem Engagement der Mitarbeiter der Finanzdirektion verdanken wir es, dass wir unsere Stadt noch nicht an die Wand gefahren haben.

Diese Wände oder Abgründe hat der eine oder andere von uns sicherlich nicht ganz zu Unrecht gesehen. Bereits in dieser Gemeinderatsperiode war es notwendig, Kreativität aufzubieten, um das Budget ins Trockene zu bringen. Ganz offensichtlich ist uns das aber in diesen letzten Jahren gelungen.